

STADTPARLAMENT Politische Gemeinde Arbon

Protokoll

11. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 4. Dezember 2012, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Fabio Telatin, SP
Anwesend Stadtparlament:	28 Mitglieder
Entschuldigt:	Bachofen Werner, SVP, Sutter Heer Silke, FDP
Anwesend Stadtrat:	Andreas Balg, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 11/ 1. Mitteilungen
- 11/ 2. Voranschlag 2013 der Stadt Arbon
- 11/ 3. Fragerunde
- 11/ 4. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Fabio Telatin: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, ich begrüsse sie freundlich zu unserer 11. Parlamentssitzung. Meinen ganz speziellen Willkommgruss entbiete ich heute unserem neuen Stadtammann Andreas Balg. Wir freuen uns auf eine für Arbon erfolgreiche und gute Zusammenarbeit.

Die Weihnachtsausstellung gehört bereits der Vergangenheit an, das Jahr ist bald zu Ende. Wir sagen doch so oft, die Zeit läuft mir davon. Wir haben alle gleich viel Zeit, es kommt nur darauf an, was wir damit machen. Peter Ustinov sagte einmal: „Es ist von grundlegender Bedeutung, jedes Jahr mehr zu lernen als im Jahr zuvor.“ Wäre das auch ein Vorsatz für einen Jeden von uns?

Nun aber schreiten wir zu einer eher trockeneren Materie, nämlich zu den Geschäften der 11. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015 und ich möchte sie dazu alle nochmals herzlich willkommen heissen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Entschuldigt hat sich Bachofen Werner, SVP und Silke Sutter Heer, FDP. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Traktandenliste

Präsident Fabio Telatin: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle die Traktandenliste zur Diskussion. Sind Änderungswünsche oder Ergänzungen?

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 13. November 2012

- Einladung mit Traktandenliste für die 11. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015
- Projektübersicht der Stadt Arbon

Mit Versand 2 vom 20. November 2012

- Kommissionsbericht FGK, Voranschlag 2013
- Beantwortung Interpellation betreffend „Probleme beim Asylantendurchgangsheim an der St. Gallerstrasse“ für die Sitzung vom 22. Januar 2013
- Beantwortung Motion betreffend „Moratorium zur Erstellung fester Bauten beim Seeparksaal“ ebenso für die Sitzung vom 22. Januar 2013

Mit Sonderversand per Post am 26. September 2012

- Voranschlag 2013 der Stadt Arbon

Per E-Mail am 12. November 2011

- Parlamentsprotokoll der 10. Sitzung vom 23. Oktober 2012. Das Protokoll ist im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist eine Interpellation betreffend „Fremdkapitalbeschaffung über den Kapitalmarkt“, eine Motion betreffend „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ sowie eine weitere Motion betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)“ eingegangen und gehen nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Hanspeter Belloni, SVP: Zum letzten Mal im zu Ende gehenden Jahr präsentiere ich ihnen die Beschlüsse der Einbürgerungskommission. An den Sitzungen vom 30. Oktober und 13. November 2012 wurden

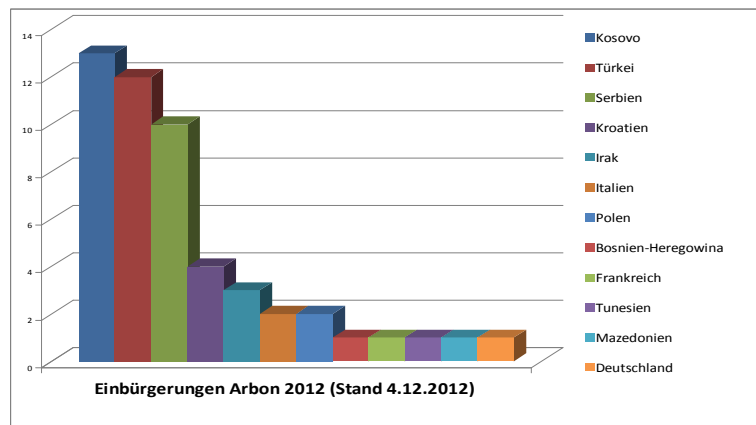
1. ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden aufgenommen:
 - Arifi Anel, 1990, serbischer Staatsangehöriger
 - Przybylski Przemyslaw, 1958, polnischer Staatsangehöriger
 - Przybylski Jakub, 2000, polnischer Staatsangehöriger
 - Al-Maliki, Ali, 1989, irakischer Staatsangehöriger
 - Celenk Serdar, 1981, türkischer Staatsangehöriger
 - Celenk Samira, 2003, türkische Staatsangehörige
 - Celenk Sümeyra, 2007, türkische Staatsangehörige
 - Cicek Taifun, 1989, türkischer Staatsangehöriger
 - Prasevic Dzermal, 1982, serbischer Staatsangehöriger
 - Prasevic Aida, 1984, serbische Staatsangehörige
 - Prasevic Hanna, 2008, serbische Staatsangehörige
 - Prasevic Dalya, 2009, serbische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht ist die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Ich gratuliere Allen zum Arboner Bürgerrecht und wünsche ihnen ein aktives Mitmachen in unserer Gemeinschaft sowie eine friedvolle Zukunft in der Schweiz.

2. Zwei Gesuche von italienischen Staatsangehörigen wurden abgelehnt.
3. Zur Behandlung anstehende Gesuche an der nächsten Sitzung vom 11. Dezember 2012:
 - Altindas Idris, 1970, türkischer Staatsangehöriger
 - Altindas Halil, 1997, türkischer Staatsangehöriger
 - Atalay Fatih, 1982, türkischer Staatsangehöriger
 - Faris Lukman, 1980, irakischer Staatsangehöriger
 - Faris Dilbrin, 2003, kroatischer Staatsangehöriger
 - Rikic Verica, 1972, serbische Staatsangehörige
 - Rikic Hristina, 2007, serbische Staatsangehörige
4. Pendenzen:
Im Moment liegen 4 pendente, behandlungsreife Gesuche von 8 Personen vor. Weitere 12 Gesuche von 19 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Zum Schluss präsentiere ich ihnen noch eine Übersicht nach Länder geordnet, über die bis heute eingebürgerten Personen im Jahr 2012.



Präsident Fabio Telatin: Danke Hanspeter Belloni für eure kompetente Arbeit und den ausführlichen und auch bildlichen Bericht.

2. Botschaft „Voranschlag 2013 der Stadt Arbon“

Präsident Fabio Telatin: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2013 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2013 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'176'400.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2013 mit Nettoinvestitionen von 17'809'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Dieser Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Wir kommen zum Eintreten. Die Diskussion zum Eintreten ist offen. Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Lukas Graf als Präsident der FGK.

Lukas Graf, Präsident FGK: Gerne präsentiere ich ihnen den Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon zum Voranschlag 2013. Die FGK prüfte den Voranschlag und den Finanzplan während dreier Sitzungen, listete zahlreiche Fragen auf und traf sich am 6. November mit den Stadträten und den zuständigen Abteilungsleitern zur Beantwortung des Fragenkataloges. Diese Besprechung wurde zudem dazu genutzt, der FGK allgemeine Informationen aus den fünf Ressorts bekannt zu geben. Als Ergebnis dieser Arbeit hat die FGK den Bericht zum Voranschlag erstellt, der Ihnen schriftlich vorliegt.

Dass angesichts der regen Bautätigkeit und dem damit verbundenen Investitionsvolumen im Umfang von fast 18 Mio. Franken auch in der Laufenden Rechnung ein Defizit von 1.176 Mio. Franken budgetiert werden muss, ist für die FGK nachvollziehbar, denn hohe Investitionen ziehen immer auch entsprechende Abschreibungsaufwände nach sich. Die Stadt Arbon befindet sich mitten in der Bauphase der NLK und steht vor der Umsetzung von grossen Investitionsprojekten beim öffentlichen Verkehr und beim Unterhalt von Gemeindestrassen inklusive Kanalisation. Zudem fällt wegen der Verzögerung beim Bau der Mehrfachturnhalle die zweite Tranche der städtischen Beteiligung, die ursprünglich noch in diesem Jahr hätte geleistet werden müssen, ebenfalls auf das Budget 2013, doch dazu mehr in der Detailberatung.

Gemäss Finanzplan müssen in den kommenden Jahren Darlehen im Umfang von rund 50 Mio. Franken aufgenommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad wird sich im Jahr 2013 nochmals verringern und der Kapitaldienstanteil aufgrund der hohen Abschreibungen in den nächsten Jahren stetig steigen.

In Anbetracht dieser Ballung von Investitionsprojekten war die FGK bestrebt, weniger dringende Projekte zu verschieben oder zu etappieren, um die Investitionslast etwas zu glätten und gleichmässiger auf die kommenden Jahre zu verteilen. Wie sie dem Investitions- und dem Finanzplan entnehmen können, wird das Investitionsvolumen in Arbon auch in den nächsten vier Jahren nicht markant sinken. Investitionsprojekte sollten daher nur dann verschoben werden, wenn sie mehrere Jahre zurückgestellt werden können und nicht einfach das nächste Budget umso mehr belasten.

In der Laufenden Rechnung schlagen nebst den erwähnten Abschreibungen vor allem die Beiträge an die Langzeitpflege der Pflegeheime zu Buche. Als Folge der neuen Pflegefinanzierung erhöhen sich diese im nächsten Jahr um Fr. 21.-- pro Einwohner.

Im Bereich Soziale Wohlfahrt steigen die Kosten durch die Fallzunahme bei der Sozialhilfe und den Berufsbeistandschaften, wo der Personaletat jeweils um 30 Prozent steigt und die Beiträge an das Dock Arbon steigen. Auf der anderen Seite fallen durch die Bildung KESB, der Kinder und Erwachsenenschutzbehörde, 280 Stellenprozente weg. Insgesamt konnte der Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 reduziert werden. Bei der Besprechung des Personalcontrolling-Berichts hat die FGK den Stadtrat auf die hohen Ferien- und Gleitzeitsaldi und die damit verbundenen Kosten aufmerksam gemacht.

Ebenfalls kritisch hinterfragt hat die FGK die Verlagerung der Miet- und Benutzungskosten für die Räumlichkeiten der Vormundschaftsbehörde an die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Reduktion der Mieteinnahmen beim Rathaus und beim Sonnenblumenhaus. Die zuständigen Stadträte und Bereichsverantwortlichen konnten überzeugend darlegen, dass die Zusammenführung der Büroräumlichkeiten von Kinder- und Jugendarbeit und Sozialamt Sinn macht und eigentlich längst überfällig war und die verfügbaren Räumlichkeiten im Rathaus für das Ressort Soziales nicht in Frage kommen. Bezüglich Sonnenblumenhaus hat die FGK dem Stadtrat empfohlen, einen Verkauf an die Bürgergemeinde zu prüfen, und erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sich bereits in Gesprächen mit der Bürgergemeinde befindet und einen Abtausch gegen Landreserven plant.

Auf der Einnahmeseite sind die Steuereinnahmen hervorzuheben, die gegenüber dem Voranschlag 2012 um knapp 5 Prozent gestiegen sind. Zudem hat sich der Stadtrat für ausserordentliche Finanzausgleichsbeträge eingesetzt, die nun im Umfang von Fr. 170'000.-- geleistet werden. Im Zusammenhang mit den budgetierten ausserordentlichen Erträgen von Fr. 600'000.-- aus Buchgewinnen von Anlagen im Finanzvermögen hat die FGK den Stadtrat für das gewählte Beispiel kritisiert. Die Parzelle des ehemaligen Friedhofgärtnerhauses wird uns zwar im nächsten Jahr noch beschäftigen, denn der Stadtrat, sie haben es gelesen, hat ein neues Projekt ausgearbeitet, das nur noch den Bau des Werkgebäudes vorsieht. Da dieses neue Projekt auf Empfehlung der FGK nochmals dem Stimmvolk vorgelegt wird und natürlich zuerst hier im Parlament beraten werden muss, darf seitens Stadtrats nicht schon mit dem Verkauf der Parzelle gerechnet werden.

Die FGK wird zur Laufenden Rechnung keine Änderungsanträge stellen. Anders sieht es bei der Investitionsrechnung aus. Einerseits gilt es da, Projekte zu verschieben, die noch nicht umsetzungsreif sind. Dies trifft auf die Erschliessung Stachen Süd und den Bau der Friedhofparkplätze zu. Andererseits müssen Budgetposten, die in der Botschaft vergessen wurden oder im laufenden Jahr nicht umgesetzt werden konnten, ins Budget 2013 aufgenommen werden. Ersteres ist beim Investitionsbeitrag von Fr. 460'000.-- für die neue Sammelstelle der Fall und Letzteres bei der Beteiligung an der Mehrfachhalle. Ich werde in der Detailberatung nochmals auf diese Punkte zurückkommen und die entsprechenden Anträge stellen.

Die FGK kam einstimmig zum Schluss, dass sie einer Beibehaltung des Steuerfusses von 76 Prozent zustimmen kann.

Abschliessend möchte ich mich im Namen der FGK beim Stadtrat, den Abteilungsleitenden und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die gute Arbeit bedanken. Die Stadt Arbon und damit auch unsere Verwaltung bewegen sich in einem dynamischen und herausfordernden Umfeld. Die FGK wünscht unserem neuen Stadtammann Andreas Balg viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe. Es wird viel Geschick und Mut benötigen, die vielen geplanten und begonnenen Projekte erfolgreich umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Ich bedanke mich herzlich bei meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Wenn man wie ich noch nicht lange Mitglied einer Kommission ist und sie dann gleich präsidieren darf, ist das eine grosse Ehre und auch eine grosse Aufgabe, die man nur mit einem eingespielten und erfahrenen Team bewältigen kann. Ein spezieller Dank geht an Mischa Vonlanthen, der uns in allen Sitzungen unterstützt hat, indem er viele Fragen direkt beantworten konnte und damit massgeblich zur effizienten Arbeit der FGK beigetragen hat.

Kaspar Hug, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und der FGK für die geleistete Arbeit.

Man merkt dem Budget an, dass Sparen angesagt ist. Es kann auch festgestellt werden, dass in den einzelnen Abteilungen der Verwaltung eine gute rollende Planung gepflegt wird. Nur so ist es zu erklären, dass in den FGK-Bericht Anträge vom Stadtrat zur Investitions-Ausgabenverminderung direkt eingeflossen sind. Da merkt man, dass wir alle im gleichen Boot sitzen und sogar in die gleiche Richtung rudern. Dies ist für unsere Stadt sehr wichtig.

Sehr positiv zu werten sind ausserdem die ausserordentlichen Finanzausgleichsbeträge von Fr. 170'000.--. Nicht im Bericht erwähnt ist, dass es der Stadt gelungen ist, dass diese Beiträge fix während drei Jahren vom Kanton bezahlt werden.

Wir haben uns ausführlich mit diversen Punkten beschäftigt und werden in der Detailberatung näher darauf eingehen.

Die starke Zunahme der Ausgaben im Bereich Gesundheit hat uns beschäftigt. Wie beim Bund, werden nun auch bei uns die Gesundheitskosten zum Thema und, wie überall in der Schweiz, suchen wir die Lösung. Aber ich meine, sie ist nicht so einfach zu finden.

Der Kommissionsbericht hält fest, dass das Ressort Soziales die Schaffung eines Sozialzentrums als strategisches Ziel genannt hat. Wir sind mit Blick auf die finanzielle Situation der Stadt gespannt auf einen entsprechenden Projektvorschlag.

Auch unsere Fraktion ist der Meinung, dass ein ausserordentlicher Ertrag aus Buchgewinn anzustreben ist. Ob das Friedhofgärtnerhaus, ein Objekt, das mit vielen Emotionen verbunden ist, als Beispiel zu nennen, die glücklichste Wahl war, ist zu bezweifeln. Aber grundsätzlich meinen wir, dass die Stadt sich auf dem Immobilienmarkt wie ein Privater verhalten soll.

Es ist zu kaufen, wie z. B. beim Hamelareal aus strategischen Gründen, aber auch wieder zu verkaufen. Ein eventueller Gewinn würde sicher dankbar entgegengenommen werden. Beim Sonnenblumenhaus präsentiert sich die Lage etwas anders. Hier geht es darum, ein Objekt, wenn möglich weiterzugeben, das uns nur Kosten beschert. Einnahmen sehen wir in Zukunft keine, auch wenn Mieteinnahmen, als reines Wunschdenken, im Budget aufgeführt sind.

Auffällig ist weiter, dass die FGK seit Jahren moniert, dass die Stadt die unvertretbar hohen Ferienguthaben und Gleitzeitsaldi abbaut, was bisher nicht gelungen ist. Wir müssen nun an die neue Personalführung appellieren, dass diese Pendenz 2013 gelöst wird.

Sicher wird, zum x-ten Mal, der Skaterpark wieder einmal ein breit diskutiertes Thema werden. Wir hoffen, dass diesmal die Finalrunde eingeläutet wird. Egal was schlussendlich entschieden wird, wir hoffen, dass hier und heute das Thema in die richtige Schlussrunde gebracht wird. Nicht verstehen können wir, dass der zuständige Verein nicht mehr Informationen den Fraktionen zur Verfügung stellt. Es gilt heute noch die alte Weisheit, wer etwas will, muss sich dafür sehr stark engagieren. Nur so kann man, wenn überhaupt, sein Ziel erreichen. Ich möchte den Verein darauf hinweisen, dass man nicht immer warten sollte bis „fünf vor zwölf“. So läuft man immer der Zeit hintennach. Wenn man ein Jahr Zeit hat, sollt man die ganze Zeit nutzen und nicht nur einen Teil.

Unsere Fraktion ist erfreut, dass wir trotz angespannter Finanzlage, die grossen Investitionen finden ihren Niederschlag in den Zins- und Amortisationskosten in der laufenden Rechnung, den Steuerfuss beibehalten können. Eine Steuerfusserhöhung ist zurzeit für uns kein Thema, aber auch einer Senkung des Steuerfusses könnten wir heute nicht zustimmen.

Wir danken der FGK, dem Stadtrat und der Verwaltung für das gute Budget. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserem finanziellen Haushalt.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Bei rekordverdächtigen Investitionen von 17,9 Mio. Franken, bzw. 16.7 Mio. Franken nach der Beratung der FGK, schliesst die Rechnung der Stadt Arbon mit einem Minus oder, wie man schöner sagt mit einem Aufwandüberschuss von über einer Million Franken.

Ein Minus von einer Million Franken ist sehr viel und wir müssen davon ausgehen, dass sich die Situation in den nächsten Jahren nicht grundsätzlich verbessern wird, da die Investitionen weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben werden.

Die Fraktion der SP hat sich aus diesem Grund sehr intensiv mit dem Budget beschäftigt und ist der Frage nachgegangen, ob wir noch über einen „gesunden“ Haushalt verfügen. Die Grundfrage, die wir uns dabei gestellt haben, lautet: „Was bekomme ich für mein Geld, bzw. was ist der Gegenwert, den ich für mein Geld bekomme?“

Wenn ich ein solides Haus baue und zu diesem Zweck eine Hypothek aufnehme, so ist das sinnvoll, da ich einen Gegenwert habe. Wenn ich hingegen für meine Karibikferien einen Kleinkredit aufnehme, so habe ich langfristig keinen finanziellen Gegenwert.

Wir sind der Meinung, dass wir uns im Bereich des 1. Beispiels befinden, denn es werden in Arbon durchaus Gegenwerte geschaffen. Zudem gibt es zwei weitere Gründe, warum es sich lohnt, jetzt zu investieren:

1. Die Zinsen sind nach wie vor auf einem historischen Tief und
2. ist es wichtig, in oder trotz schlechter Zeiten zu investieren. Die Verschuldung der öffentlichen Hand ermöglicht Investitionen und ist somit eine wirtschaftspolitische Massnahme zur Bekämpfung von Krisen.

Aber nochmals zurück zum Gegenwert. Es wird ja immer wieder betont, dass in den letzten Jahren Schulden abgebaut worden sind und gut gewirtschaftet worden ist. Hinter diese Aussage setzen wir ein grosses Fragezeichen. Der FGK wurde dargelegt, in welch schlechtem Zustand sich unsere Kanalisation befindet und dass in diesem Bereich sehr hohe Kosten für Unterhaltsarbeiten auf uns zukommen werden.

Die FGK hat immer wieder moniert, dass die budgetierten Arbeiten in diesem Bereich nicht ausgeführt worden sind. So hat man in den letzten Jahren wohl vordergründig die Schulden abgebaut, aber der Gegenwert ist entsprechend auch kleiner geworden.

Wir beurteilen die Situation also insgesamt nicht als bedrohlich, aber durchaus als sehr anspruchsvoll für die Finanzplanung.

Wir können uns keineswegs zurücklehnen. Die wirtschaftliche Situation ist weiterhin nicht stabil oder, wie es im Bericht der Geschäftsprüfungskommission heisst, sie ist dynamisch und herausfordernd. Die Gesamtsituation muss deshalb von Jahr zu Jahr analysiert und neu beurteilt werden.

Erfreulich ist jedoch, dass auf die Steuereinnahmen der natürlichen Personen Verlass ist, die über die Jahre hinweg stetig zunehmend eintreffen. Die gute Entwicklung bei den natürlichen Personen bedeutet andererseits weniger Finanzausgleich für die Zukunft. Überhaupt sind es oft externe Faktoren, welche die Ausgaben oder Einnahmen grossen Schwankungen unterwerfen, so sind zum Beispiel wegen der neuen Pflegeversicherung die Gesundheitskosten stark angestiegen.

Im Bereich der Investitionen unterstützen wir die Anträge der FGK, welche die Investitionen im Bereich Stachen Süd auf spätere Jahre verschiebt. Wir stellen sogar die grundsätzliche Frage, warum hier auf der grünen Wiese Gewerbe und Wohnbauten angesiedelt werden sollen, wo doch der Stadtrat sich das Ziel gesetzt hat, gegen innen zu verdichten. Aus unserer Sicht soll zuerst auf dem Gelände des Saurer WerkZwei die Entwicklung vorwärts getrieben werden.

Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung zum Raumbedarf der Verwaltung. Wir sind uns bewusst, dass einzelne Bereiche unter schlechten räumlichen Bedingungen arbeiten müssen und dass verzettelte Büroräumlichkeiten an verschiedenen Standorten einer effizienten Organisation und Arbeit nicht dienlich sind. Wir sind deshalb einverstanden, wenn Überlegungen zu den Räumlichkeiten der Verwaltung gemacht werden. Wir sind aber der Meinung, dass dazu eine Gesamtschau gemacht werden muss und dass bessere räumliche Bedingungen nicht unbedingt gleichbedeutend sein müssen mit mehr Raum und höheren Kosten. Wir erwarten daher vom Stadtrat ein Gesamtkonzept, welches auch aufzeigt, wie mit einer besseren Organisation effizienter und kundenfreundlicher gearbeitet werden kann.

In der Detailberatung werden wir uns, sofern nötig, nochmals zu Wort melden, insbesondere wird P. Gubser beim Standortmarketing eine Erhöhung des Budgetpostens beantragen.

Unser Dank geht an die FGK und deren neuen Präsidenten, Lukas Graf, der die Sitzungen zügig geführt hat und damit dazu beigetragen hat, dass auch dieses Jahr die FGK konzentriert und gut arbeiten konnte. Ebenso ein Dankeschön an Stadtrat und Verwaltung, welche in vielen Bereichen und auch in dezimierter Zusammensetzung vorwärts gemacht haben und die grossen Investitionen mit viel Engagement anpacken.

Werner Keller, FDP: Der FGK Präsident Lukas Graf hat ihnen den Vorschlag und die Arbeit der FGK ausführlich erläutert, besten Dank dafür. Wir möchten uns aber auch bei Mischa Vonlanthen bedanken für die kompetente Begleitung beim Budgetprozess. Dem Stadtrat und der Verwaltung danken wir für die termingerechte Vorbereitung der Budgetunterlagen.

Die Fraktion der FDP hat sich intensiv mit dem vorliegenden Budget befasst. Weil bei der Behandlung des Budgets das Eintreten obligatorisch ist, werde ich mich kurz halten und doch stellen sich für uns folgende Fragen:

Sind die budgetierten Steuereingänge wirklich ehrgeizig formuliert?

Gibt es neue Trendmeldungen, die das Budget 2013 beeinflussen können, denn unsere vorliegenden Hochrechnungen sind bereits zwei bis drei Monate alt?

Gespannt warten wir auf die Antworten vom zuständigen Stadtrat.

Wir vom Parlament und Stadtrat sind uns bewusst, dass in den nächsten Jahren, viel Geld, ja sehr, sehr viel Fremdkapital beschafft werden muss. Für diese Mittel-Beschaffung haben wir uns an der Vorbereitungssitzung besonders intensiv auseinander gesetzt. Unser Fraktionsmitglied und Finanzfachmann Cyrill Stadler hat in diesem Zusammenhang eine Interpellation eingereicht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir laden sie gerne ein für die Unterzeichnung von diesem Vorstoss.

In den letzten Jahren haben wir einige vielversprechende und nachhaltige Investitionen eingeleitet, die für die Entwicklung und für die Zukunft von Arbon wegweisend sind. Im nächsten Herbst wird die NLK eröffnet und wir, vom Parlament und vom Stadtrat, sind wirklich gefordert, um unsere Standortvorteile weiter auszubauen. Wir müssen gemeinsam Rezepte finden, die in möglichst kurzer Zeit Früchte tragen. Wir müssen zwangsläufig auch unsere Erwartungshaltung überdenken. Wir können dies, indem wir nicht einfach alles der Gemeinde übertragen und in dem wir das Wünschbare vom Notwendigen klar trennen. Will sich aber die Stadt Arbon als interessanter Standort behaupten, so braucht es einen Stadtrat und ein Parlament, die diesen Hätetest bestehen. Nehmen wir doch diese Herausforderungen an und gehen konstruktiv in die Detailberatung.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP Fraktion danke ich dem Stadtrat und dem Stadtpersonal für das erstellte Budget und die Erläuterungen.

Die SVP Fraktion ist erneut nur bedingt vom Budget befriedigt. Es fehlt der Sparwille, da die Zahlen grossmehrheitlich aus den Jahren 2010 und 2011 übernommen werden. Unbefriedigend sind die Zahlen in Personalwesen, Verwaltung und teils auch den Sozialkosten. Die instabile Wirtschaftslage wird Arbon nicht verschonen und von daher stellt sich die Frage, ob die Steuererwartung nicht zu optimistisch prognostiziert wird. Der Stadtrat ist aufgefordert, am strukturellen Defizit zu arbeiten. Zudem gilt es weiterhin, das Nötige vom Wünschbaren zu trennen und notfalls sogar Leistungen zu kürzen. Es wird bemängelt, dass die Zielsetzung nicht ein ausgeglichenes Budget ist. Es kann keine Lösung sein, alle stadteigenen Objekte zu verkaufen.

Hauptgrund für das grosse Defizit sind vor allem die steigenden Kosten der Pflegefinanzierung und die steigenden Investitionen mit den damit verbundenen Abschreibungen. Hier wird vor allem die Investition Skatepark hinterfragt. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Fraktion der SVP könnte mit einem einmaligen Defizit von 1.1 Mio. Franken leben, hat aber grosse Bedenken für die Zukunft.

Und jetzt erlaube ich mir noch ein paar persönliche Worte:

Vor dem Verfassen dieses Berichts habe ich meinen Bericht zum Budget 2010 gelesen, in dem die SVP moniert, dass mit den Finanzen sorgfältiger umgegangen werden soll, weil sonst die Situation so ist, dass bei den hohen Investitionen in absehbarer Zeit die Steuern nicht mehr reichen werden für den ordentlichen Haushalt.

Nun sind wir an diesem Punkt angekommen und was das Betrübliche ist, wir haben mittlerweile den höchsten Steuerfuss im Kanton und sind auch im 2013 und 2014 gezwungen, grosse Investitionen zu tätigen, die hohe Abschreibungen zur Folge haben. Jedes Unternehmen würde in einer solchen Situation die Ausgaben straffen wo nur irgend möglich. Aber in unserem Budget haben wir noch immer Positionen, die wünschbar sind und nicht notwendig. Immer noch höre ich von Stadträten die Worte, dass diese Positionen schon noch irgendwie drinliegen werden.

Immer noch ist man sich offensichtlich nicht bewusst, dass es hier nicht darum geht, wer mehr ausgibt, hat mehr Macht. Man hat den Eindruck, dass das Hier und Jetzt, diese und die nächsten Wahlen zählen, danach sollen doch die Bürger höhere Steuern bezahlen. Ja, wie denn bitte meine Herren, wenn Firmen aus Kostengründen Entlassungen vornehmen müssen oder schliessen müssen. Da werden dann auch die Sozialkosten noch mehr steigen. Immer noch machen sich die Stadträte in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine Sorgen, dass unsere Kinder diese Rechnung bezahlen müssen.

Ich wünsche mir hier eine bessere Führung über alles und nicht eine Anhäufung von Machtansprüchen von jedem Ressort. Ein Stadtrat hat die Pflicht, das, was von den Ressorts kommt zu reduzieren, bis es tragbar ist, auch längerfristig. Dies heisst auch Aufgaben zu überprüfen, Personalbestand zu überprüfen, Kürzungen vorzunehmen wo verantwortbar, wie es in den Firmen ebenfalls gemacht wird, wenn der finanzielle Spielraum so eng ist, und gleichzeitig grosse Investitionen (NLK) noch gemacht werden müssen. Es ist keine Lösung, darauf zu hoffen, dass dann das Parlament ja doch alles durchwinkt oder hier und da noch eine kleine Korrektur vornehmen wird. Die entscheidenden Schritte sind auf Ebene Stadtrat zu machen, weil Budgetablehnungen kein wünschbares Szenario sind.

Deshalb bin ich der Meinung, dass es absolut notwendig ist, dass der Stadtrat die bisherige Haltung aufgibt und für die Zukunft eine neue Kultur des sorgsameren Umgangs mit den Finanzen, verbunden mit mehr Sparwillen, einläutet. Dies weil wir uns weitere Defizite in der diesjährigen Höhe ganz einfach nicht leisten können, und es vor dem Hintergrund der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation und den Aussichten für die kommenden Jahre nicht verantwortbar ist. Da hoffe ich, wie viele andere Arbonerinnen und Arboner, auf die neue Führung im Stadthaus.

Vizestadtmann Patrick Hug: Besten Dank für ihre teils kritischen Voten zum Eintreten auf das Budget 2013 der Stadt Arbon. Angesichts der Rekordinvestitionen von netto 17,8 Mio. Franken, es wurde von mehreren Fraktionssprechenden erwähnt, unterbreitet ihnen der Stadtrat ein vertretbares Defizit von 1,176 Mio. Franken. In der Tat stehen uns drei investitionsträchtige Jahre bevor, Bernhard Bertelmann. Betrug das Investitionsvolumen in den letzten drei Jahren, 2009 – 2011, insgesamt 12 Mio. Franken, so sind es in den nächsten drei Jahren, 2013 – 2015, mehr als viermal so viel, nämlich total rund 50 Mio. Franken. Der Stadtrat ist zum heutigen Zeitpunkt der Überzeugung, Kaspar Hug, dass er diese herausfordernde finanzielle Zeitspanne ohne Steuerfusserhöhung wird meistern können. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2011 2,17 Mio. Franken. Zusätzlich verfügen wir über eine Neubewertungsreserve von knapp 5 Mio. Franken.

In den vergangenen Jahren schloss die laufende Rechnung immer um einiges besser als budgetiert ab. Im laufenden Jahr 2012 befinden wir uns auf Budgetkurs. Aber auch in diesem Jahr rechnen wir damit, dass das Ergebnis schliesslich besser als der budgetierte Fehlbetrag von Fr. 687'000.-- ausfallen wird.

Zur Frage von Werner Keller: Die Steuereinnahmen werden im Jahre 2012 wesentlich über dem budgetierten Betrag liegen. Und zu Elisabeth Tobler: Wir haben die Steuereinnahmen im Budget 2013 nicht zu ehrgeizig budgetiert. Wir sind aufgrund der kontinuierlich steigenden Einwohnerzahl zuversichtlich, dass wir diese erreichen werden.

Im FGK-Bericht und auch in parlamentarischen Vorstössen ist von einer Neuverschuldung von 50 Mio. Franken in den kommenden Jahren die Rede. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eines klarstellen: Dieser Betrag wird im Finanzplan erwähnt, unter der Voraussetzung, dass tatsächlich alle grösseren Investitionen in der vollen Höhe, also ungekürzt, getätigt werden. Der Stadtrat wird aber, dies kann ich Ihnen versichern, in jedem Budgetprozess bei allen Investitionen die sich bietenden Einsparmöglichkeiten ausschöpfen.

Wir werden Darlehen natürlich nur aufnehmen, wenn wir diese auch dringend benötigen. Dies, obwohl das Geld im Moment sehr billig ist. Im laufenden Jahr 2012 beispielsweise mussten wir noch kein neues Darlehen aufnehmen. Wir konnten die laufenden finanziellen Verpflichtungen mit unseren liquiden Mitteln bewältigen. Aber die Zinssätze sind tatsächlich sehr attraktiv. Im laufenden Jahr lief ein Darlehen über 4 Mio. Franken zu einem Zinssatz von 4,375 Prozent aus. Wir haben diesen Betrag zu 0,86 Prozent auf sieben Jahre, also bis 2019, refinanziert. Wir erzielen hier also eine Zinsersparnis von rund 3,5 Prozent.

Die Kanalisationen wurden erwähnt. Da gebe ich ihnen recht, wir haben da etliche Projekte, die im Rahmen der Erneuerung anfielen, zurückgestellt. Einerseits weil Partnerwerke auch noch nicht so weit waren, wir wollen ja Synergien nutzen und diese gemeinsam mit Partnerwerken realisieren, wenn wir unter den Boden gehen. Aber ich wehre mich dagegen, dass dies ein Versäumnis allein der jetzigen Behörde ist. Es wurde lange, lange Jahre viel zu wenig investiert in diese Sache. Wir sind uns des Ernstes der Situation durchaus bewusst. Wir wollen gezielt auch jetzt diese Investitionen tätigen und deshalb wird Stadtrat Reto Stäheli ihnen im Rahmen der Diskussion über die Investitionsrechnung einen Kanalisationszustandsbericht präsentieren, sind es doch gerade die Erneuerungen des Kanalisationsnetzes, welche in den nächsten Jahren hohe Kosten verursachen werden.

Abschliessend möchte ich der FGK im Namen des Stadtrates sehr herzlich danken für die überaus kooperative Zusammenarbeit.

Der Stadtmann wird sie nun noch orientieren über die Lohnanpassungen 2013 für das städtische Personal, war das doch in den vergangenen Jahren stets ein Anliegen des Parlaments, aktuell zu erfahren, wie die Gehaltsanpassungen für das nächste Jahr für das Personal aussehen.

Stadtmann Andreas Balg: Ich freue mich, das erste Mal mein Wort an sie richten zu dürfen, allerdings in erster Phase nur kurz.

Der Stadtrat hat folgende Lohnanpassung beschlossen: Die Teuerung ist für dieses Jahr negativ. Eine Anpassung ist nicht vorgesehen. Auf Grund der negativen Finanzlage wird auf eine generelle Lohnanpassung verzichtet. Für individuelle Anpassungen stehen 0,4Prozent zur Verfügung.

Präsident Fabio Telatin: Sind weitere Wortmeldungen? Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der Laufenden Rechnung.

Detailberatung:

Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

5.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Laufende Rechnung

Präsident Fabio Telatin: Ich werde ihnen die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörenden Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet.

10 Allgemeine Verwaltung

Monika Strauss, SVP: 1092.3120 Wasser, Energie und Heizmaterial, habe ich eine Frage an den Stadtrat. Ich stelle im Voranschlag 2013 einen Betrag von Fr. 15'000.-- fest. Dieser Betrag fällt gegenüber den Kosten in diesem Jahr um 50 Prozent höher aus. Diese Differenz scheint mir sehr hoch zu sein. Welches ist der Grund für diese Differenz?

Stadtrat Reto Stäheli: Dieses Konto Wasser, Energie und Heizmaterial wird mit aperiodischen Bezügen und Einkäufen gerechnet. Wir haben überall eine Steigerung drin bei den Heizmitteln, Wasser, Abwasser und Heizöl und wir kaufen auch aperiodisch ein. Es kann sein, dass wir im Jahr 2013 mehr einkaufen.

11 Öffentliche Sicherheit

Luzi Schmid, CVP: Konto 1102.3010 Besoldungen: Ich stelle zu diesem Konto einen Antrag. Diese Soll-Saldoposition sei von Fr. 458'400.-- auf Fr. 430'000.-- zu reduzieren. Bei den Lohnkosten kommen wir auf den alten Bestand zurück, wobei es schwierig ist, 30 Prozent Stellenetat bei den Berufsbeiständen einzusetzen. Aber wie ich davon ableite oder davon ausgehe, gehen wir mit diesem Antrag auf die jetzigen Zahlen zurück. Wenn ich den neuen Stadtmann gehört habe, liegt das Ganze in seinem Trend, dass in diesem Jahr die Lohnerhöhungen sehr knapp gehalten werden.

Es ist auf das Budget auch so, wie wenn wir ein Glas Wasser aus dem Bodensee nehmen, also ein sehr geringer Betrag auf das gesamte Budget. Es geht nicht um Lohnreduktionen, um Lohnrückerei, ich glaube wir ritzen auch hier nicht gebundene Ausgaben, weil ja indirekt mit dieser Kürzung auch die 30 Prozent Stellenetat bei den Berufsbeiständen, um die erhöht werden soll, wieder zurückgefahren wird.

Um was geht es? Neu hat die Stadt Arbon nur noch Berufsbeistände anzustellen, welche die Beschlüsse der neuen kantonalen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, kurz KESB, umsetzen. Die Kosten für die alten Vormundschaftsbehörden, wie richtig im Budget aufgeführt, fallen ab 1. Januar 2013 weg. Dagegen haben die Thurgauer Gemeinden nach wie vor die Berufsbeistände, früher die Amtsvormundschaften, anzustellen und zu entlönnen. Zu diesem politischen Entscheid sage ich nichts, ich bin aber nicht ganz glücklich. Wir werden noch die Quittung für diese schlechte Lösung für diese Kantons-, Gemeindeaufgaben erhalten.

Diese neue Position Berufsbeistandschaft wird in der Einleitung des Budgets, die weissen Seiten, auf einer knappen halben Seite kurz erwähnt. Auf der weissen Seite 5 wird in etwa gesagt, die Fallzahlen bei der Amtsvormundschaft (Berufsbeistandschaften) sind konstant hoch. Der administrative Aufwand ist aufgrund der zunehmenden Komplexität der Fälle konstant steigend. Aktuelles Beispiel ist die Einführung der neuen Pflegefinanzierung.

Das sagt mir nicht viel. Das ist für mich keine Begründung für diese Stellenetaterhöhung. Dann ein paar weisse Seiten weiter hinten, Seite 9, Änderung Stellenetat, Berufsbeistandschaften + 30 Prozent mit der Kurzbegründung Fallzunahme. Auch das überzeugt mich nicht. Aufgrund der äusserst knappen Information soll jetzt das Parlament dieser massiv veränderten Position Berufsbeistandschaft, es fällt eben die Vormundschaft weg, und einem weit höher geschätzten Gesamtbetrag, verursacht durch eine Stellenaufstockung bei der Amtsvormundschaft bzw. Berufsbeistandschaft einfach so indirekt zustimmen. Nein so geht es nicht, das überzeugt wirklich nicht. Es wäre schon interessant zu erfahren, welche Zahlen, welche Anstellungen, was dahintersteckt und vor allem wie eben das Zusammenspiel mit der neuen KESB abläuft. Am meisten stört mich, dass bezüglich Arbeitsvolumen einem neuen System einfach so vorgegriffen wird. Auf Vorrat vermute ich, aus Mitleid oder irgendwie aus Daumenmutmassungen, soll eine Etataufstockung erfolgen, ohne die Auswirkungen des neuen Systems überhaupt zu kennen. Es ist doch sicher nicht einfach mit Mehraufwand oder automatisch davon auszugehen.

Wie ich mich erinnere hat Arbon immer sehr gut und grosszügig budgetiert bei diesen Anstellungspositionen. Einfach eben wie gesagt nur auf komplexe Fälle hinzuweisen genügt für einmal wirklich nicht, warten wir deshalb getrost ab, was im nächsten Jahr, Jahr null der neuen Organisation, wirklich passiert.

Ich habe mich übrigens noch in Romanshorn und Amriswil erkundigt, die sind ja im gleichen Boot, sie haben die gleichen Probleme. Hier die Zahlen: Wir sprechen von reinen Besoldungszahlen, ohne Pensionskasse, ohne AHV-Beiträge, ohne Büromiete, reine Personalkosten, Arbon die gesagten knapp Fr. 460'000.--, Amriswil die Fr. 401'000.-- und Romanshorn sogar nur Fr. 330'000.--. Eine Erklärung dazu von unserem Arboner Verantwortlichen wäre informativ. Aber hier jetzt bitte nicht mit den Bevölkerungszahlen vergleichen, auch das habe ich ausgerechnet, wir sind dann noch immer höher als die anderen beiden Gemeinden. Diese 30 Prozent neue Etat-Position ist effektiv zu wenig erklärt, überzeugt nicht und mag eine Reduktion auf die bisherigen Lohnzahlungen deshalb ohne weiteres vertragen. Ich verstehe das als Anliegen, als Zeichen, die sozialen Verhältnisse im Bezirk Arbon mit der neuen KESB natürlich, aber vor allem mit den anderen Gemeinden abzusprechen, kritisch zu hinterfragen und gemeinsam zu lösen. Vor allem sollten handfestere Argumente vorhanden sein. Ich bin der Meinung, das aktuelle Personaletat- das aktuelle Lohnvolumen genügt vollständig und wie sagt der Volksmund so schön: „Laufen wir nicht schneller, als die Marschmusik spielt“.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Die moderate Anpassung des Personaletats, wie es erwähnt worden ist, ist eine direkte Folge der Reorganisation der Berufsbeistandschaften. Diese Reorganisation ist andernorts entschieden worden, in den Räten in Weinfelden und in Frauenfeld. Per 1. Januar des kommenden Jahres geht die Amtsvormundschaft über auf die KESB. Damit wechselt der Amtsleiter mit zwei Mitarbeitenden und insgesamt 280 Stellenprozenten auf die Gehaltsliste des Kantons. Die Rechnung der Stadt Arbon wird damit zu Vollkosten um knapp Fr. 200'000.-- jährlich entlastet. Mit der Reorganisation ist administrativ mehr verbunden als nur ein Wechsel von Räumlichkeiten, Transport von Dossier von einem Raum in den anderen. Es fallen damit auch andere Abläufe an, das wissen sie sehr genau. Dazu konkrete Beispiele: Mit der neuen Pflegefinanzierung müssen die monatlichen Abrechnungen von rund 60 bis 80 Kunden der Vormundschaftsbehörde doppelt erstellt werden, einmal gegenüber dem Kanton und einmal gegenüber den Krankenkassen. Das ist neu und eine Verdoppelung, die monatlich anfällt. Sie wissen auch, dass die erklärte Zielsetzung der Behörde, der KESB, eine verstärkte Personifizierung in der Klientenbetreuung ist. Dies wird sich zwangsläufig auf die Führung der Dossiers auswirken. Die Schnittstelle wird anders sein, wie wenn man alles unter einem Dach hat und da gebe ich ihnen Recht, da sind noch gewisse Spielräume von denen wir noch nicht wissen, wie sie sich auswirken werden. Ob sie weniger aufwändig werden, das wage ich zu bezweifeln. Dazu kommt, dass jede Reorganisation zuerst mit einem Mehraufwand verbunden ist, bis sich die neuen Abläufe so richtig eingespielt haben. Vor diesem Hintergrund hat sich der Stadtrat entschieden, den Stellenetat im kaufmännischen Bereich, nicht bei den Berufsbeistandschaften, um 20 Stellenprocente zu erhöhen. Auch aus der Haltung heraus, dass mit der sozialen Sicherheit noch eine adäquate Leistung als Qualitätsmerkmal einhergehen muss.

Wer wünscht sich eine Behörde, deren fehlende Ressourcen sich in länger werdenden Warteschlangen niederschlagen, wie wir andernorts, auch in diesem Kanton schon zur Genüge erlebt haben, oder in höherer Personalfluktuations, weil Mitarbeitende sich ausserstande sehen, ihre Aufgaben ihrem persönlichen Pflichtgefühl gemäss erfüllen zu können.

Wie gesagt, das Argument, die Abläufe seien noch zuwenig bekannt, das kann ich nicht gänzlich von der Hand weisen, aber das kann sich beidseitig auswirken. Der Stadtrat hat sich daher sehr sorgfältig für die moderate Anpassung im Rahmen der heute abschätzbaren Mehraufwände entschieden. Ich habe vorgesehen, voraussichtlich im Herbst 2013, wenn sich die Neuorganisation etwas eingespielt hat, dann eine Analyse der Arbeitsplätze und der Prozessabläufe zu erstellen, um dann zu sehen wie weit die personellen Ressourcen wieder an die Anforderungen gegebenenfalls angepasst werden können. Die Reorganisation stellt bereits jetzt eine, zwar nur temporäre, aber erhebliche Zusatzbelastung dar. Ich beantrage deshalb, diese Budgetposition, wie vom Stadtrat beantragt, im Budget zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 15 zu 13 Stimmen gegenüber dem Antrag von Luzi Schmid, CVP.

Philipp Hofer, CVP: 1140 Feuerwehr: eine Frage. Das Engagement der Feuerwehr ist beeindruckend. Gerade in diesem Jahr wurde mit dem Einsatz beim Grossbrand Saurer WerkZwei die Wichtigkeit einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Feuerwehr für die Sicherheit und den Schutz von Bevölkerung und Umwelt aufgezeigt. Wie ich aus dem Voranschlag entnehmen kann, liegen die Aufwände der Feuerwehr seit dem Jahr 2011 deutlich über den Erträgen aus den Feuerwehersatzsteuern und müssen zusätzlich mit Entnahmen aus der Spezialfinanzierung ausgeglichen werden.

Ein Blick auf das Konto Spezialfinanzierungen, Ausgleich Feuerwehrrechnung, zeigt in der Bestandesrechnung, dass der Endbestand per 31. 12. 2011 nur noch Fr. 257'000.-- beträgt. Wie schon im Jahr 2011 sehen nun auch die Jahre 2012 und 2013 weitere Entnahmen aus der Spezialfinanzierung vor. Hier wird es in den nächsten Jahren zu einem Engpass kommen und ich möchte den Stadtrat fragen, wie er gedenkt, die langfristige Finanzierung der Feuerwehr sicherzustellen. Einnahmen und Ausgaben der Feuerwehr müssen kurz- bis mittelfristig ins Gleichgewicht gebracht werden.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Sicherheit hat seinen Preis und Arbon darf sich sicher und glücklich schätzen. Der Grossbrand und andere Einsätze haben gezeigt, Kader und Mannschaft sind vorbereitet, einsatzbereit, motiviert sind sie sowieso, aber vor allem auch entsprechend ausgerüstet, sprich das Material ist weitgehend auf dem nötigen aktuellen Stand. Wo dies noch nicht ist, wird es in den nächsten Jahren passieren.

Das dies alles so ist, verdanken wir einem umsichtigen Kommando mit einem verantwortlichen Kommandanten an der Spitze, der auf die Vorschläge und Anregungen seines Kadern einzugehen weiss, das heisst, die Vorschläge mit seinem Stab prüft und die beste Lösung auswählt.

Wie gesagt, das hat seinen Preis und im Nachhinein ist es natürlich beruhigend sagen zu können: „Dank diversen Investitionen und Anschaffungen ist die Feuerwehr Arbon handlungsfähig, ja konnte und kann sie ihre Handlungsfähigkeit auch immer wieder unter Beweis stellen.“

Es wäre wesentlich schwieriger, hier zu sitzen und Fehler einzugestehen, falsche oder fehlende Investitionen zu erklären. Aber das Problem ist erkannt, die Feuerwehr Arbon hat aufgerüstet. Mit dem Mannschaftstransporter, den wir in diesem Jahr einweihen konnten, ist der Fahrzeugpark auf dem neusten Stand. Frühestens im Jahr 2014 wird das Atemschutzfahrzeug und der Kompressor zum Thema werden. Bis dahin gilt es, die Spezialfinanzierung wieder aufzustocken. Bereits im Voranschlag 2013 sind wir gegenüber dem Budget 2012 um Fr. 12'000.-- zurückgefahren. Diese Sparanstrengungen werden wir auch im Jahr 2014 fortsetzen.

Und noch einen erfreulichen Nebenaspekt will ich ihnen natürlich nicht vorenthalten. Dank der sprudelnden Steuereinnahmen fliessen in diesem Jahr auch mehr Feuerwehrsteuern. Wir liegen zurzeit rund Fr. 30'000.-- über den Budgetzahlen 2012, was doch sehr erfreulich ist und womit die Entnahme aus der Spezialfinanzierung deutlich verringert werden kann. Ich kann Ihnen versichern, Abteilung, Einwohner/Sicherheit und das Kommando der Feuerwehr wissen um die Sparsbemühungen und nehmen sie ernst, aber wie gesagt, die Sicherheit geht vor.

13 Kultur und Freizeit

Riquet Heller, FDP: 1300.36521 Beitrag an Tanzwerkstatt: Ich stelle diesbezüglich folgenden Antrag: Dieser Beitrag sei von Fr. 3'000.-- auf Fr. 5'000.-- zu erhöhen.

Begründung: Zuzana Vanecek und Diego Gonzalez betreiben unter der Firma Tanzwerkstatt Arbon seit Jahren eine Tanzschule, die in Arbon und darüber hinaus einen sehr guten Ruf genießt. Dies sowohl was die breiten- als auch spitzensportlichen Betätigungen der Tanzschülerinnen und –schüler betrifft. Zurzeit besuchen rund 200 Schülerinnen und Schüler im Alter von 4-12 Jahren und rund 150 im Alter von 13-20 Jahren Kurse der Tanzwerkstatt.

Total bewegt die Tanzwerkstatt demzufolge rund 350 Jugendliche aus unserer Region, vorweg aus Arbon, dies im Wochen-Rhythmus. Damit ist die hohe Breitensportqualität ausgewiesen. Auch spitzentanzmässig darf sich die Tanzwerkstatt mit ihrer Showgruppe, ich glaube, schweizweit sehen lassen. Dies in diversen Tanzgattungen. Vom Schloss-Hofkonzert oder Neujahrsbegrüssungen unserer Stadt bis zur Gemeindeammann-Verabschiedung ist diese Show-Gruppe jedermann bekannt, wenn nicht gar ein Begriff.

Die Tanzwerkstatt bringt es immer wieder fertig, hier diesen Seeparksaal gleich zwei Mal hintereinander mit Zuschauern aller Bevölkerungsschichten zu füllen, welche die Schülerinnen und Schüler tanzen sehen wollen, dito die Schlosswiese oder den Jakob-Züllig-Park. Vor vierzehn Tagen strömten ca. 1'000 Zuschauer in den von der Migros verlassenen Verkaufsraum im Metropol-Komplex für Tanz-Vorfürhungen der Tanzwerkstatt. 800 Paar Oropax wurden gratis abgegeben, mindestens 200 Besucher trugen keine Oropax.

Die Tanzwerksatt wird administrativ und rechtlich von der Abteilung Tanz der Musikschule getrennt geführt. Die Tanzwerkstatt hat dermassen Erfolg, dass die Musikschule ihre Abteilung Tanz aufgegeben hat und alle Schülerinnen und Schüler von der Tanzwerkstatt unterrichten lässt. Die Räumlichkeiten des Musikzentrums werden von der Musikschule verwaltet und die Tanzwerkstatt ist nach der Musikschule mit Abstand grösster Mieter des Musikzentrums an der Brühlstrasse. Die Tanzwerkstatt zahlt monatlich mehr als Fr. 2'500.-- Miete.

Weil die Tanzwerkstatt nicht wie die Musikschule als Verein konstituiert ist, und eine Institution zwischen Kultur, Sport und Jugendschutz, bzw. Jugendförderung ist, fällt sie finanziell ziemlich zwischen Stuhl und Bank. Vom Beitrag gemäss Position 1540.35.56, wo wir insgesamt Fr. 25'000.-- für Vereine und deren Jugendarbeit budgetiert haben, nämlich Fr. 30.-- pro Vereinsmitglied unter 20 Jahren, erhält die Tanzwerkstatt für ihre 350 Jugendliche keinen Rappen. 350 Jugendliche zu Fr. 30.- jährlich ergäben einen Betrag von Fr. 10'000.--.

Anbetrachts der geschilderten Verhältnisse und der Tatsache, dass die Tanzschule nicht auf Rosen gebettet ist (sie stand kurz vor dem finanziellen Aus nach dem 10-Jahres-Jubiläums im letzten Sommer) sowie bei einem Vergleich mit den Beiträgen, die wir gemäss den Positionen 1300 an sonstige Kulturschaffende zahlen, meine ich, Fr. 3'000.-- für 350 Jugendliche, die tanzen, sei auch bei einer angespannten städtischen Finanzlage einfach zu wenig. Ich meine, eine Erhöhung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 5'000.-- sei ausgewiesen. Kommt dazu, dass Zuzanna Vanezek nicht nur Arboner Bürgerin ist, sondern von uns auch noch als Arboner Jahresbürgerin geehrt worden ist. Seien wir darum nicht allzu zugeknöpft. Geben wir nicht nur Ehre, sondern auch Geld. Ich bitte um Zustimmung, Fr. 5000.-- für die Tanzwerkstatt Arbon.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso begrüsst es sehr, dass die Stadt Arbon die Tanzwerkstatt Arbon finanziell unterstützen will. Was den Betrag angeht, sind wir auch der Meinung, dass es ruhig etwas mehr sein dürfte. Was die Tanzwerkstatt für das Kulturleben unserer Stadt, besonders aber auch für viele Kinder und Jugendliche leistet, ist von unschätzbarem Wert. Die Tanzwerkstatt ist kein hochrentables Geschäft, wir haben es gehört, da steckt eine grosse Portion Leidenschaft und Idealismus dahinter. Wenn wir uns in Arbon noch lange an einer Tanzschule erfreuen wollen, die qualitativ hochstehendes Tanzen zu erschwinglichen Preisen anbietet, tun wir gut daran, sie angemessen zu unterstützen. Deshalb unterstützt die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso den Antrag von Riquet Heller einstimmig. Mit diesem Betrag von Fr. 5'000.- können wir einmal einen Anfang setzen. Des Weiteren erwarten wir aber auch, dass die Stadt Arbon die Tanzwerkstatt bei Verpflichtungen für Auftritte, so zum Beispiel beim Neujahrsapéro, jeweils gut entschädigt, entzücken ihre Shows doch riesige Menschenmengen. Ich bitte euch, den Antrag von Riquet Heller ebenfalls zu unterstützen.

Cyrill Stadler, FDP: Ich finde das Votum von Riquet Heller sicher lobenswert, auch von Felix Heller. Meiner Ansicht nach ergeben die Kompetenzregelungen der Stadt Arbon ein Bild: Wir geben dem Stadtrat die Kompetenz, über Fr. 300'000.-- selber zu entscheiden, über Fr. 30'000.-- jährlich wiederkehrende Kosten selber zu entscheiden und jetzt diskutieren wir hier im Parlament mit 30 Personen um einen Betrag von Fr. 3'000.--. Ich stelle einfach zur Diskussion, ob wir wirklich hier um solche Beträge diskutieren wollen?

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP-Fraktion verschliesst sich dem Antrag des Kollegen Riquet Heller, die er rhetorisch tänzerisch ausführlich begründet hat, auch nicht. Wir meinen auch, die Tanzwerkstatt stelle eine sehr wichtige attraktive Einrichtung dar, die sehr viel tut für das kulturelle Leben unserer Stadt. Wir meinen aber auch, dass unter dem Titel Kulturförderung mit Fr. 232'000.-- heute schon sehr viel Geld eingesetzt wird. Wir erwarten deshalb, dass nachher, bei der nächsten Position „Diverse Einzelbeiträge“ eine Kürzung um Fr. 2'000.-- beschlossen wird, damit wieder der Gesamtbeitrag Kulturförderung nicht erhöht wird. Wir gehen von dieser Prämisse aus.

Wir meinen, und ich erlaube mir das gleich zu begründen, die Kürzung bei den Einzelbeiträgen um Fr. 2'000.-- sei durchaus zu verantworten, weil der eingesetzte Beitrag immer noch Fr. 5'000.-- über der Rechnung 2011 ist. Wir können uns auch gut vorstellen, dass in diesem Jahr die eingesetzten Fr. 25'000.-- nicht beansprucht werden. Wir lassen uns gerne eines Anderen belehren. Deshalb werden wir jetzt schon vorsorglich beantragen, dass die Einzelbeiträge dann um Fr. 2'000.-- reduziert werden.

Stadtmann Andreas Balg: Es ist so, dass es für uns verträglich wäre, diesen Betrag auf Fr. 5'000.-- zu erhöhen, allerdings würden wir ihn auch dann mit einer Leistungsvereinbarung verknüpfen. Den Betrag bei den Einzelbeiträgen zu kürzen, bedeutet dann immer eine Steigerung der Absagen an andere, allfällig spontane Aktionen. Das müssen wir zu bedenken geben in der Betrachtung.

://: Der Antrag von Riquet Heller, FDP, den Betrag von Fr. 3'000.-- auf Fr. 5'000.-- zu erhöhen wird grossmehrheitlich angenommen.

Andrea Vonlanthen, SVP: 1300.36599 Diverse Einzelbeiträge (Kulturkommission): Wie gesagt, beantragen wir jetzt eine Kürzung um Fr. 2'000.-- damit der Gesamtbetrag gleich bleibt, ausser der Stadtrat könnte uns nachweisen, dass in diesem Jahr die Einzelbeiträge tendenziell wesentlich höher ausfallen, aber ich kann mir das nicht vorstellen. Auch wenn wir Fr. 23'000.-- beschliessen, sind wir noch immer Fr. 3'000.-- über der Rechnung 2011. Deshalb bitte ich sie, im Blick auch auf eine glaubwürdige Sparsamkeit, dem Antrag zuzustimmen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich gehe mit Andrea Vonlanthen einig, dass der Gesamtbetrag für kulturelle Leistungen nicht erhöht werden soll mit dem Antrag von Riquet Heller, und er wird auch nicht erhöht. Wenn man das Budget genau ansieht, sieht man, dass auch ein regelmässiger Beitrag darin ist für „Kultur läbt“. Wie wir aus der Zeitung entnehmen konnten, hat der bestehende Vorstand beschlossen, nicht mehr weiterzuwirken ab Mitte nächstem Jahr.

Es ist wahrscheinlich verfrüht, jetzt schon zu erwarten, dass eine neue Gruppe sich bildet und dann diese „Kultur läbt“ weiterführt. Deshalb wird so oder so von einem Posten Geld übrig bleiben, um diese Fr. 2'000.--, die Riquet Heller beantragt hat, zu finanzieren. Es erübrigt sich hier, bei diesem Posten zu kürzen.

Riquet Heller, FDP: Selbstverständlich habe ich mein Votum mit Zuzana Vanezek und Diego Gonzales besprochen. Es war ihr ausdrücklicher Wunsch, dass mein Antrag nicht andere Kulturschaffende konkurrenziert. Sie sind Künstler und keine Manager. So ist es und sie möchten nicht, dass andere wegen den Fr. 2'000.--, die sie mehr erhalten, was auch nur ein Klecks im Budget dieser Tanzschule ist, deshalb leiden müssen. Ich bitte sie, demzufolge keine Budgetkürzungen zu machen und es dem Stadtrat zu überlassen, ob er Überlegungen, die Peter Gubser und oder Andrea Vonlanthen gemacht haben, nämlich dass vielleicht weniger Gesuche gestellt werden, die unterstützungswürdig sind und, dass der Stadtrat in eigener Regie weitere Gesuch berücksichtigt oder allenfalls die Budgetpositionen nicht voll ausschöpft. Es ist ja kein Auftrag zum Geld ausgeben, sondern nur eine Ermächtigung. In diesem Sinne bitte ich sie um Abweisung des Antrages von Andrea Vonlanthen.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, das Konto 1300.36599 um Fr. 2'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Lukas Graf, FGK-Präsident: Ich habe nur eine kleine Bemerkung seitens der FGK: Eine Korrektur im Kommissionsbericht ist die Position 3141. Es ist selbstverständlich 1341. Die Beträge, die einzelnen, die für die Expansion Seeclub, respektive für das Lager, das die Stadt benötigt, sind im Bericht einzeln aufgelistet.

Luzi Schmid, CVP: 1343.4274 Betriebskostenpauschale: Ich stelle keinen Antrag, ich möchte auf einen Umstand hinweisen. An diesem Beispiel, Betriebskostenpauschale, was sich ja verdoppelt von einem Jahr auf das andere, was sehr erfreulich ist, soll aufgezeigt werden, dass es unheimlich schwierig ist, im Budget und überhaupt zu beurteilen, wie die Gebühren gehandhabt werden. Steuern und Gebühreneinnahmen sind ja die grossen Positionen im Budget und für die Stadt.

Die Steuern werden immer sehr gut und nachvollziehbar erklärt, zu den Gebühren erfahren wir fast nichts. Wo stehen wir bei allen Gebühren punkto Effizienz, Kundenfreundlichkeit oder Kundenwirksamkeit und vor allem wo stehen wir im Vergleich mit anderen Gemeinden. Immerhin und das steht im Reglement müsste der Stadtrat periodisch, mindestens alle drei Jahre, den Gebührengrundsatz, gemäss Gebührenreglement, überprüfen. Dazu konnte ich bis heute kaum etwas erfahren. Es wird aber auch heute schwierig, die Gebührensituation zu diskutieren. Die CVP/EVP-Fraktion hat deshalb entschieden, an der nächsten Sitzung einen Vorstoss einzubringen, um dieses Thema dann wirklich gründlich zu diskutieren.

Lukas Graf, FGK-Präsident: Die FGK hat sich natürlich auch gewundert, warum der Stadtrat diese Pauschalgebühren um 100 Prozent anhebt und hat nachgefragt, wie sie dem Bericht entnehmen können. Es zeigt sich, dass die Betriebskosten in den letzten Jahren durch die Miete quersubventioniert wurden und mit dieser Pauschale, der eigentliche Aufwand, vor allem auch mit der neuen Infrastruktur, nicht mehr abgegolten werden konnte. Es geht also hier nicht darum, mit der Erhöhung einfach die Bootsbesitzer zu schröpfen. Diese Bemerkung ist unabhängig zum Votum von Luzi Schmid zu verstehen. Es geht auch nicht darum, Zusatzeinnahmen zu generieren. Gemäss Stadtrat wurden die Gründe für die Erhöhung klar kommuniziert und von den Bootsbesitzern mehrheitlich nachvollzogen.

14 Gesundheit

keine Bemerkung

15 Soziale Wohlfahrt

Andrea Vonlanthen, SVP: 1581 Öffentliche Sozialhilfe: Wir haben eine Frage an den zuständigen Ressortleiter. Wir haben im vergangenen März hier in Arbon eine Volksabstimmung durchgeführt zum Thema Sozialdetektive.

Die Initiative für Sozialdetektive wurde knapp abgelehnt, der Gegenvorschlag aber knapp angenommen. Auch der Gegenvorschlag sieht den Einsatz von Sozialdetektiven vor, einfach nicht zwingend, wie es die Initiative gefordert hatte. Wenn wir unsere Volksabstimmung rückblickend betrachten und jetzt fragen was daraus wird, dann geht es darum wirklich zu fragen, inwiefern werden Sozialdetektive eingesetzt? Die Frage an sie, den zuständigen Stadtrat: Unter welcher Position ist hier ein Beitrag eingesetzt für den Einsatz von Sozialdetektiven im nächsten Jahr? In welcher Position und in welcher Höhe ist hier ein Beitrag eingesetzt?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Grundsätzlich darf ich in Erinnerung rufen, dass der Fokus auf der Weidereingliederung liegt die Arbeit der Sozialen Dienste und ich haben an anderen Orten schon einmal gesagt, die Sozialen Dienste sind keine Straf- und Sanktionsbehörde. Ihr Kernauftrag ist die soziale Hilfe. Der Fokus liegt also auf der engen Betreuung der Klienten und einem sehr sorgfältigen Studium der Dossiers durch die Sozialhilfebehörde, in der alle hier anwesenden Parteien entsprechend vertreten sind und die meines Erachtens eine sehr sorgfältige Beurteilung der jeweiligen Fälle und Ansprüche durchführen, wie sicher mein Kollege und stellvertretender Vizepräsident der Sozialhilfebehörde und ihr Parteifreund ihnen bestätigen kann. Das einfach als Grundsatz zur Arbeitsweise und zum Verständnis der Sozialhilfebehörde.

Wir haben einen Sockelbeitrag unter Konto 1581.3180 Dienstleistungen Dritter, aus dem auch in der Tat schon Einsätze für Beobachtungen und Observationen finanziert worden sind. Dieser Betrag ist nicht erhöht worden. Ich will nicht verhehlen, dass mit ein Grund war und die Bemühungen des Stadtrates, die Kosten für dieses Jahr möglichst tief zu halten, nicht einfach irgendwo freie Beträge in den Raum zu stellen. Ich denke, das ist auch absolut vertretbar, denn solche Einsätze und das habe ich immer betont, müssen strikt nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfolgen. Keiner von uns wünscht in unserer Stadt des glücklichen Baumes ein Klima, in dem wir hinter jedem Busch einen Beobachter erwarten oder vermuten. Wir müssen rechtsstaatliche Grundsätze erfüllen und das setzt eine sehr sorgfältige Abklärung voraus. Damit kann ich auch folgern, dass, wenn wir Detektive einsetzen, entsprechende Erfolge verbuchen werden, so dass ich davon ausgehe, dass sich diese Kosten, sollten diese Beiträge nicht genügen, eben entsprechend kompensiert würden in den entsprechenden Aufwandkonten, die sie nachfolgend in den Unterstützungskonten finden.

Dies jetzt einmal spontan gesprochen auf ihre Anfrage. Ich bin gerne bereit, dazu nochmals detailliert Stellung zu nehmen oder nochmals die Arbeitsweise der Sozialhilfebehörde detailliert zu erläutern. Es wäre gut, wenn wir dazu die Fragen entsprechend bekommen, um sich auch entsprechend vorbereiten zu können.

Vonlanthen Andreas, SVP: Vielen Dank für ihre Rückmeldung. Ich möchte nicht respektlos sein und einfach erwähnen, das Selbstverständnis ihrer Arbeit haben wir in den letzten Monaten oftmals gehört. Wir nehmen es jetzt wieder ins Bewusstsein auf. Ich erinnere einfach daran, unter Dienstleistung Dritter sind Fr. 8'000.-- eingesetzt, gleichviel wie in der Rechnung 2011. Das heisst, dass nach der Abstimmung über Sozialdetektive effektiv budgetmässig nichts geschehen ist. Sie sagen dazu, sie wollten die Kosten tief halten. Alle Erfahrungen zeigen aber, dass gerade Sozialdetektive helfen, die Kosten tief zu halten, weil es nachher weniger problematische Ausgaben gibt. Sie erwähnen die rechtsstaatlichen Grundsätze, ich möchte einfach sie und den Stadtrat bitten, auch die demokratischen Grundsätze zu beachten. Wir haben abgestimmt, das Volk will offensichtlich, dass Sozialdetektive eingesetzt werden, wenn der Verdacht auf Missbrauch besteht. Von daher bitte ich sie, ihre problematische Haltung zu überdenken.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe mich ziemlich energisch gewehrt gegen die Initiative der SVP, bin aber mit Andrea Vonlanthen der Meinung, dass die Bevölkerung von Arbon Ja gesagt hat zu einem Gegenvorschlag. Bin eigentlich erstaunt über diese Antwort, die jetzt der Stadtrat gegeben hat. Ich schreibe das dem zu, dass die Antwort ohne Vorbereitung gekommen ist. Ich bitte aber Hans Ulrich Züllig bei der Rechnung ganz genau Rechenschaft abzugeben, welche Aufwendungen da gemacht worden sind und welchen Erfolg diese Aufwendungen allenfalls gebracht haben. Dazu sind jetzt einige Monate Zeit und das interessiert dann. Ich finde die Fragen von Herrn Vonlanthen sehr berechtigt.

Riquet Heller, FDP: Der Gegenvorschlag steht mir nicht sehr fremd gegenüber, ich kenne den gut. Ich weise darum auf zwei Sachen.

Die Hauptpunkte waren: 1. dass Rechenschaftspflicht im Gegenvorschlag ausdrücklich verlangt worden ist. Rechenschaftspflicht ist nicht jetzt, sondern Zahltag ist, wenn die Rechnung vorgelegt wird und dann sehen wir, was es bewirkt hat. Zu dem kommt, dass einer der Hauptpunkte war, ob externe Dritte diese Überwachungsaufgaben wahrnehmen müssen, oder ob dies auch Beamte unserer Stadt tun können. Dass man beispielsweise die Amtsstube verlässt, (wer kennt schon jeden Fürsorger) wenn der einmal vorbei geht bei einem Boot und merkt, wie gross das ist und wer darauf steht. Das kann dann auch ein städtischer Beamte sein. Zur Unterstützung von Hans Ulrich Züllig, es ist nicht nur die Position, die er zitiert hat, nämlich Leistungen Dritter, sondern der entsprechende Aufwand könnten auch die Allgemeinen Besoldungen sein, worin ebenfalls detektivische Aufwendungen verbucht werden. Und was getan wurde, das ist gemäss Gegenvorschlag zwingend im Rahmen der Rechnung darzulegen. Demzufolge finde ich das Votum von Andrea Vonlanthen praecox.

16 Verkehr

Heinz Gygax, SVP: 1621.3160 Entschädigung Parkplätze Rosengarten: Uns ist der hohe Betrag von Fr. 26'600.-- aufgefallen. Angeblich soll er als Entschädigung für die öffentliche Nutzung der Parkplätze im Rosengarten dienen. Meine Fragen an den Stadtrat:

Wie wird das Angebot heute genutzt und was unternimmt der Stadtrat zur besseren Beachtung und Benutzung?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Diese Position beruht tatsächlich auf einem Vertrag mit der Immobiliengesellschaft Manuela AG. Sie ist die Eigentümerin der Tiefgarage Rosengarten.

Die Stadt ist auf die Eigentümerin zugegangen mit der Anfrage, ob die rund 190 Parkplätze in der Tiefgarage auch ausserhalb der Ladenöffnungszeiten (Samstagabend und Sonntag) für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten. Daraus ist ein Vertrag entstanden. Der regelt einerseits dass von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 22.00 Uhr in die Tiefgarage hinein gefahren und jederzeit hinausgefahren werden kann. Andererseits wurde ausgehandelt, dass sich Arbon an den zusätzlichen Kosten für den Unterhalt und allfällige Reparaturen beteiligt. Dies im Rahmen von pauschal Fr. 20'000.-- exkl. MwSt.

Diese Mitbenutzung dieser Tiefgarage ist vor allem mittel- und langfristig betrachtet vorteilhaft und ein Gewinn für Arbon. Es hilft der Stadt im Bereich vom See- und Metropolgelände den Richtplan kostengünstig einzuhalten.

Zum Vergleich: Im Römerhofprojekt wird mit Kosten von Fr. 30'000.-- pro Parkplatz in der Tiefgarage gerechnet.

Zu den Fragen von Heinz Gygax. Der Vertrag läuft seit dem 1. Juni. Die Nutzung ist mir noch nicht bekannt. Ich vermute, oder befürchte ein bisschen, er wird noch nicht so benutzt, weil er gar nicht bekannt. Ist.

Noch nicht in Angriff genommen wurde eine wirksame Wegleitung und eine Werbung für dieses Parkplatzangebot. Da braucht es natürlich eine Art Parkplatz-Leitsystem, wie man es in anderen Städten auch kennt. Spätestens mit dem Frühlingsanfang wollen wir mit diesem provisorischen Leitsystem auf diese Parkplätze hinweisen. Mit der Eröffnung der NLK soll dann ein ausgeklügeltes und definitives Leitsystem installiert sein, das dann allen mit dem Auto fahrenden Besuchern von Arbon Freude macht, um es auch benützen zu können.

17 Umwelt und Raumordnung

keine Bemerkung

18 Volkswirtschaft

Cyrill Stadler, FDP: 1830.3656 Beiträge an Anlässe: Ich habe zu diesem Konto eine Anmerkung, da steht hinten dran bei den Bemerkungen SummerDays. Selbstverständlich, wenn es eine Abstimmung über diesen Punkt geben würde, würde ich in den Ausstand treten.

Das Summerdayfestival, ich bin dort Präsident der betreibenden Aktiengesellschaft, bezahlt für die Miete Seeparksaal Fr. 6'000.--, für den Werkhof Dienstleistungen Fr. 14'000.--, für die Kultivierung Fr. 6'000.--, Fr. 1'000.-- für die Rondelle, Fr. 3'600.-- für den Campingplatz, Fr. 20'000.-- für die Geländemietung und rund Fr. 40'000.-- Quellensteuern an die Stadt Arbon. Davon geht allerdings wieder etwas weg für den Kanton und an den Bund. Den Verteilschlüssel möchte ich hier an dieser Stelle nicht weiter erläutern.

Im Gegenzug veranstaltet der Slowup am Sonntag Gratiskonzerte und für diese Gratiskonzerte hat jeweils die Stadt Fr. 20'000.-- in einer Leistungsvereinbarung an die Festival-Betreiber bezahlt. Dies aber nicht zur Durchführung des Summerdays-Festivals sondern zur Durchführung vom Slowup.

Ich vermute, dass diese Bemerkung Summerdays aus einer alten Jahresrechnung übernommen wurde. Ich danke für die Klärung zu diesem Punkt.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich kann die Zahlen, wie sie Cyrill Stadler erwähnt hat, bestätigen. Summerdays ist uns ein guter Partner, wir arbeiten sehr gerne mit dieser professionellen Organisation zusammen. Wir haben festgestellt, auch im Rahmen des Debriefings mit Summerdays, dass die Slowup-Linienführung durch das Festival-Gelände nicht ideal war. Das Strässchen am See war viel zu schmal, zumal einmal mehr der Wettergott kein Einsehen hatte. Obwohl die Summerdays, die Organisatoren, alles unternommen haben, um die Wiese abzudecken und den Schaden am Land zu minimieren, war es doch eine mittlere Sumpflandschaft, die am Sonntag angetroffen wurde. Ergo war das Publikum, auch jene, die zu Fuss und mit Kinderwagen unterwegs waren, ebenfalls auf dem Strässchen anzutreffen.

Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die Slowup-Linienführung am Sonntag, dies in Absprache einerseits mit den Summerdays-Verantwortlichen, anderseits mit dem lokalen OK von Slowup im Jahr 2013 nicht mehr durch dieses Gelände führen, sondern die Slowup-Linienführung wird durch die Altstadt führen. Wir sind so verblieben, dass Summerdays effektiv das Programm beschränkt auf Freitag und Samstag und dass, wenn Summerdays am Sonntag die Türen schliesst und bereits mit Abbauarbeiten beginnt, es am Sonntag nicht mehr stattfinden wird.

Summerdays aber hat uns verdankenswerterweise ihre Unterstützung zugesagt, was das musikalische Programm betrifft, das wir zusammen mit den Verantwortlichen des Slowup durchführen werden, sehr wahrscheinlich im Pavillon unten, dass sie uns da mit ihren guten Beziehungen zu Top Acts, oder auch Nachwuchsgruppen, dies müssen wir noch sehen wen wir da verpflichten, dass sie uns da unterstützen.

So gesehen ist die Bemerkung Summerdays unter dieser Rubrik tatsächlich irreführend.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Wenn ich durch Amriswil fahre, werde ich daran erinnert, dass am Abend ein Match von Volley Amriswil stattfindet. Wenn ich durch Romanshorn fahre, werde ich mit der Leuchttafel daran erinnert, dass jetzt das feine Kino einen alten Fellini zeigt, den ich eigentlich sehen möchte. Neu hat auch Egnach eine Anzeigetafel, die auf Veranstaltungen in Egnach und Neukirch hinweist.

Arbon hat das nicht. Ich meine, da fehlt etwas in Arbon. Arbon als interessanten Standort bekannt machen hat Werner Keller in seinem Eintretensreferat gesagt. Das finde ich auch. Arbon hat viele interessante Veranstaltungen, auf die man auf diese Art und Weise aufmerksam machen könnte, ich finde machen müsste.

Nach Rücksprache mit Mischa Vonlanthen wäre ein Betrag für eine solche Anzeigetafel im Konto 1840.3181 Standortmarketing wohl am richtigen Ort. Die Tafel, die in Egnach erst kürzlich montiert wurde, die hat nach Auskunft von Stefan Tobler Fr. 40'000.-- gekostet. Man kann jetzt auch sagen, Arbon müsste vier Tafeln aufstellen, an jedem Ortseingang und irgendwo in der Mitte. Ich bin mittlerweile in der Politik ziemlich pragmatisch geworden, also für schrittweises Vorgehen und möchte ihnen beliebt machen, diesen Budgetposten um Fr. 40'000.-- zu erhöhen, gewissermassen als Erinnerung an den Stadtrat, in diesem Bereich etwas zu tun. Der Stadtrat wird sich dann beraten lassen und uns dann mitteilen, wie er da vorgehen könnte, ganz im Sinne des Votums von Cyrill Stadler, der gesagt hat „der Spielraum des Stadtrates ist da“. Ich will den Spielraum des Stadtrates nicht einschränken, ich will eine Anregung bringen. In diesem Sinne beantrage ich ihnen, diesen Budgetposten um Fr. 40'000.-- zu erhöhen.

Werner Keller, FDP: Es stimmt, das mit dem Standortmarketing, die Standortvorteile müssen wir forcieren. Ich habe aber auch gesagt, Wünschbares vom Notwendigen klar trennen. Deshalb unterstützt die FDP diesen Antrag nicht.

Andrea Vonlanthen, SVP: Der Antrag von Peter Gubser ist sehr sympathisch. Sein Anliegen ist an sich beherzigenswert. Wir müssen schauen, dass wir unsere Stadt, dass wir die Veranstaltungen dieser Stadt möglichst gut vermarkten können. Bei aller Sympathie zu diesem Antrag und Antragsteller können wir dem Antrag leider nicht zustimmen. Ich verweise auf den Bericht der FGK und da heisst die wichtigste Stelle in diesem Bericht eindeutig: Wir müssen jetzt Notwendiges von Wünschenswertem trennen, es dürfen nur wirklich dringende und wichtige Projekte realisiert werden.

Wir möchten die FGK und ihren Bericht nicht desavouieren. Wir meinen, wer diesem Antrag zustimmt, widersetzt sich dem wichtigsten Anliegen, einem zentralen Anliegen der FGK und das sollten wir in dieser Situation nicht tun. Weil uns dieses Anliegen so sympathisch ist, möchten wir beliebt machen, dass der Stadtrat mit Hilfe des Antragsstellers vielleicht versucht, zu einer anderen Finanzierung zu kommen. Denkbar wäre der Verkehrsverein, ihm müsste sehr daran liegen, dass die Stadt gut vermarktet wird. Denkbar wäre die Bürgergemeinde, die mehr Geld hat und der das Image der Stadt auch am Herzen liegen muss. Denkbar wären Sponsoren, da liessen sich auch ganz originelle Sprüche machen.

Es kann auch nicht unsere Absicht sein, die Printmedien zu konkurrenzieren und weiter zu schwächen. Das geschähe leider, wenn der Staat private Werbung finanziert und damit die Inseraterträge der Zeitungen weiter schwächt.

Erinnerungshilfe für den Stadtrat Fr. 40'000.--, Peter Gubser, scheint uns auch etwas kostspielig zu sein. Im Blick aber vor allem aber auf den FGK-Bericht beantragen wir ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtmann Andreas Balg: Vielen Dank für den Spielraum, den sie uns da geben. Das Anliegen, Veranstaltungshinweise und Informationen unkompliziert, ansprechend und verständlich und an richtigen Stellen anzuzeigen, ist auch im Interesse des Stadtrates und gehört letztendlich zur guten Präsentation der Stadt, das ist keine Frage.

Ich habe die verschiedenen Themen bereits etwas sichten können und wenn wir dann zusätzlich die Aussagen von meinem Stadtratskollegen Konrad Brühwiler dazunehmen, dass auch die Parkplätze besonders angezeigt werden müssen, dann haben wir im Gesamtbedürfnis wahrscheinlich drei Themenbereiche, nämlich die Veranstaltungen, die Parkplätze und vielleicht dann auch noch, das wird sich zeigen, die Sehenswürdigkeiten. Ich kann ihnen versprechen, dass wir eine Konzeption ausarbeiten werden und ich würde mich auch freuen, wenn wir diese, wenn sie dann vielleicht auch etwas teurer käme, in einzelnen Schritten realisieren könnten und einen ersten Schritt vielleicht bereits 2013 oder allenfalls 2014 machen könnten.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Nach diesem Versprechen des neuen Stadtmanns ziehe ich meinen Antrag zurück und gebe ihm die Möglichkeit, als eine der ersten nach aussen wirkenden Taten so ein neues Konzept zu bringen.

19 Finanzen und Steuern

Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: 1941.3140 Baulicher Unterhalt: Restaurant Seeparksaal / Panorama. Dass ein kompletter Umbau des Restaurants seit Jahren auf der Traktandenliste ist, ist kein Geheimnis. Dieses Restaurant, das von der Familie Brühwiler hervorragend geführt wird, muss saniert werden. Eigentlich wollte ich den Betrag um die Sanierungskosten erhöhen, habe dann aber aus zuverlässiger Quelle erfahren, bzw. habe mich beim zuständigen Stadtrat erkundigt, dass für das Jahr 2013 ein Konzept für den Um- und Ausbau geplant ist und im Jahr 2014 die Arbeiten gemacht werden. Daher verzichte ich auf einen Antrag um Erhöhung, in der Annahme und im Glauben, dass diese Arbeiten zur gegebenen Zeit gemacht werden.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: 1945.4237 Römerhofparkplatz: Ich habe eine Frage zum Römerhofparkplatz. Es ist mir nicht ganz klar, wie sich das zusammensetzt. Unter 1945.3160 Entschädigung Schoop steht: „Aufgrund einer neuen Vereinbarung ein Betrag von Fr. 30'000.--“, praktisch eine Verdoppelung der Zahlen von früher. Unter sehe ich dann bei Konto Nr. 1945.4237 und .4238, da geht es um die Bewirtschaftung dieser Parkplätze, wo man insgesamt Fr. 25'000.-- veranschlagt. Es kommt mir einfach etwas seltsam vor, dass man einen höheren Betrag einsetzt, dass die Stadt Fr. 5'000.-- mehr bezahlt als dass sie glaubt einzunehmen auf diesen Parkplätzen. Vielleicht gibt es da eine Erklärung dafür.

Stadtrat Reto Stäheli: Wir müssen diese Antwort vertagen auf eine schriftliche Beantwortung.

Riquet Heller, FDP: 1946. Rathausgasse 1-3: Was zu befürchten war, ist eingetroffen. Wir sind stolze Eigentümer nicht nur des neuen Frasnachter, sondern auch des alten Arboner Rathauses. Letzteres gilt gar als Arboner Bijoux erster Klasse. Leider haben wir dafür aber ausser für die Wohnungen im Annex-Bau keinen Mieter, keinen Verwendungszweck. Der ganze Turm und eine Wohnung im Annexbau, die das Bezirksgericht als Büro genutzt haben, stehen leer. Wegen des Mieterwechsels budgetiert der Stadtrat einen baulichen Mehrunterhalt im Verhältnis zum ordentlichen Unterhalt von Fr. 40'000.-- und einen Mietzinsausfall von nur Fr. 30'000.-- statt von Fr. 60'000.--, die uns der Kanton als Mieter der Räume, als Gericht, jährlich bezahlt hat. Ein neuer Mieter ist nicht in Sicht und demzufolge wären eigentlich bei der Budget-Position 1946 Mindereinnahmen von Fr. 100'000.-- am Platze und nicht bloss von Fr. 70'000.--, wie tatsächlich budgetiert, wesentlich mehr als bei Susanna Vanezek und Diego Gonzales.

Es ist eine Binsenweisheit: Altstadt Häuser, wie die Liegenschaft Rathausgasse 1-3 sind schlecht vermietbar. Sie verfügen über keine Balkone und keine Garagen und Parkplätze, keinen Lift und über eine ziemlich starre Raumeinteilung, dafür mit Schwellen und Niveaustufen, die man halt früher gelegt hat, sowie über keine Kabelschächte, dafür über eine angrenzende Gartenwirtschaft, wo man jeweiligen Musik mithören kann. Zudem ist der Unterhalt teuer, schlechte Isolation und so weiter. Einen Mieter zu finden, der die entsprechend hohen Kosten trägt, ist darum schwierig. Wird zu einem Mietzins vermietet, der die Kosten kaum oder nicht deckt, zu deutsch, wo der Mieter für die wunderschöne Altbauwohnung mit soviel Cachet subventioniert wird, möchte man als Bürger wenigstens etwas von der wertvollen, historischen Bausubstanz haben und ein bisschen geniessen können. Dazu muss man die betreffenden Räume betreten können, um deren Schönheit bewundern zu können. Dies ist nur möglich, wenn die Räume nicht gänzlich privat, beispielsweise als Wohnungen, vermietet werden, sondern als „halböffentlich“, als Amtsräume für Notariate, Grundbuchämter, städtische Büros, Bibliotheken, Bildungszentren à la Schloss Arbon, Restaurants wie Römerhof und so weiter, dann kann man ein bisschen mitfühlen von der Öffentlichkeit, wie schön es dort ist. Solche Mieter zu gewinnen ist schwierig. All dies ist Allgemeinwissen.

Ich meine darum, die Stadt habe das Bezirksgericht zu schnell aus der Liegenschaft Rathausgasse 1-3 ziehen lassen. Man hätte sich mehr um diesen Mieter bemühen müssen, indem man allenfalls alle Räume dieser Liegenschaften dem Kanton zur Miete hätte anbieten müssen, so namentlich auch die sich dort befindlichen Wohnungen, und die halt räumen müssen, damit das Gericht ja drin bleibt.

So sehr ich es dem Bezirksgericht gönnen man, dass es nunmehr in geeigneten Räumen in einem modernen Gebäude auf eine einzigen Etage amten kann, es ist nunmehr so, dass wir in den Schwierigkeiten stecken. Wenn die Stadt und der Kanton mit dem Beleben schwierig zu vermietender Altbauten nicht vorausgeht, wer denn sonst? Es darf nicht sein, dass diese Institutionen die Arboner Altbauhäuser verlassen, nur weil es in neueren Bauten bequemer und billiger ist. Da spreche ich auch den Sozialdienst an.

Nicht umsonst habe ich mich dafür eingesetzt, dass meine Stadt nach wie vor Mieterin des Amtshauses Straussfeder und Schwalbe bleibt. Dies, damit unter anderem sich die Stadt zu ihren Altbauhäusern bekennt und beispielsweise die Bürgergemeinde nicht in den Schwierigkeiten steckt, wo wir jetzt, die Stadt mit der Liegenschaft Rathausgasse 1-3 stecken.

Meines Erachtens ist es an der Zeit, dass der Stadtrat uns offenbart, wer Mieter der alten Gerichtsräume in etwa sein könnte und ob der Stadtrat über ein Konzept für die Nutzung aller Räume der Liegenschaft Rathausgasse 1-3 verfügt. Zeit, einen Mieter zu finden oder sich Gedanken über ein Nutzungskonzept zu machen, war reichlich vorhanden, und wie Kaspar Hug treffend gesagt hat, man hätte das Jahr, während dem man gewusst hat, dass das Gericht weg zieht, nutzen sollen und jetzt bereit sein. Aufgrund eines Zeitungsinserates, das an eine Liegenschaft-Immobilienagentur zugespielt wurde, um das Haus zu vermieten, stelle ich fest, dass wir ziemlich konzeptlos dastehen. Täusche ich mich?

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich möchte mich gegen den Vorwurf verwahren, wir würden in dieser Sache konzeptlos operieren.

Zum Ersten möchte ich festhalten, dass wir mit dem Kanton sehr intensive Gespräche geführt haben, schon im Vorfeld, bevor das Bezirksgericht im Sommer 2012 ausgezogen ist, ob das Bezirksgericht nicht dort wirklich bleiben könnte. Die klare Aussage war, die Räume, auch jene, die jetzt dazu gezählt wurden, die würden nicht ausreichen. Das ist ein Fact, das haben die Abklärungen ergeben. Wenn der Kanton neue Räumlichkeiten suchen will und muss, so haben wir keine Handhabe, diesen Bemühungen und diesen Zielsetzungen entgegenzustehen.

Das Bezirksgericht ist im Sommer 2012 ausgezogen. Der Kanton zahlt noch die Miete bis Ende Jahr, also bis Ende 2012. Wir sind sehr intensiv daran, einen Nachfolgermieter zu finden. Es ist aber wirklich sehr schwierig, dieses historische Gebäude zu vermieten, wo die Denkmalpflege jeden Nagel, den man einschlagen will, genaustens vorschreibt, ob das denn so geschehen darf. In der Liegenschaft ist auch kein Lift, auch dies erschwert eine Vermietung zusätzlich.

Wir sind einerseits daran, raschmöglichst einen Nachfolgermieter zu finden, andererseits führen wir schon Gespräche mit der Bürgergemeinde, die für uns wirklich ein interessanter Partner wäre, wenn die Bürgergemeinde das Rathaus käuflich erwerben würde. Das Gespräch hat stattgefunden, der Antrag, der Vorschlag ist bei der Bürgergemeinde deponiert, das wird dort jetzt geprüft und Anfang 2013 erhalten wir eine Antwort. Nichtsdestotrotz werden wir unsere Bemühungen selbstverständlich fortsetzen, damit wir dieses historische, sehr schöne Gebäude wieder mit Leben füllen können.

Riquet Heller, FDP: Zu möglichen Kaufabsichten der Bürgergemeinde zu dieser Liegenschaft: Ich war seinerzeit, nach dem Brand, wo sich eine Gelegenheit geboten hätte, einen Eigentümerschaftswechsel zu machen, noch im Verwaltungsrat dieser Bürgergemeinde. Sie hat es abgelehnt, weil es einfach nicht möglich ist, dermassen viele Altstadtgebäude der Bürgergemeinde anzuhängen. Die Bürgergemeinde hat bereits den Römerhof, der nicht kostendeckend ist. Auch bei den Amtshäusern Straussfeder und Schwalbe. Sie wurden in erster Linie im Dienste der Stadt gehalten und die Bürgergemeinde ist sehr froh, hat sie willige Beamte, die sich dort halt verkriechen und vielleicht nicht optimale Plätze haben. Dasselbe gilt übrigens auch für die Sonnenblume. Auch die ist eine Liegenschaft, die nicht rentiert. Ich bin nicht mehr im Verwaltungsrat der Bürgergemeinde. Die Bürgergemeinde hat sich jetzt bei der Villa Quisisana engagiert, und ich glaube kaum, dass sie sich gross für das Haus Sonnenblume zur Verfügung stellen kann, zumal sie keine Steuern einnimmt, sondern Steuern bezahlt, und der Stadt Liegenschaften nicht abnehmen kann, die offensichtlich einfach nicht rentieren.

Das heisst, das Konzept des Stadtrates muss sein, dass man diese Gebäude eben für städtische Zwecke heranzieht. Dass das mit Konsequenzen für den Betriebsablauf verbunden ist, ist mir klar. Aber wer denn sonst, wenn nicht wir und wenn nicht wir, jetzt. Ich meine, dass die Stadt vorangeht und sich bekennt zur Altstadt und dort Liegenschaften bezieht entsprechend nach Möglichkeiten, positiv belebt, indem trotzdem Lifte und Treppenhäuser mit guten Architekten in diese Alstadthäuser integriert werden. Das hat auch zur Folge, dass man ab und zu eine Gerichtsverhandlung vielleicht als Zuschauer geniessen kann in diesen wunderschönen Räumen und sie nicht verschlossen werden und nur noch Private dort residieren. Das wäre auch sehr schade. Ich meine, diese Liegenschaften sollen uns am Herzen liegen und sollen genutzt werden durch unsere städtischen Aktivitäten. Profitstreben ist diesbezüglich vielleicht ein bisschen hinten an zu stellen.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich möchte den seinerzeitigen Entscheid der Bürgergemeinde nicht kommentieren, ich möchte aber festhalten, die Bürgergemeinde, das Präsidium, hat den Antrag entgegengenommen, sie haben nicht Nein gesagt. Es wird sorgfältig geprüft, ob die Bürgergemeinde das Rathaus käuflich erwerben könnte.

Präsident Fabio Telatin:

Damit haben wir die Detailberatung der Laufenden Rechnung beendet. Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Sie haben den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung, die auf den rosa Seiten 3 bis 6 des Investitionsplans 2013-2016 ersichtlich ist:

<u>Finanzvermögen</u>	keine Bemerkung
-----------------------	-----------------

<u>10 Allgemeine Verwaltung</u>	keine Bemerkung
---------------------------------	-----------------

<u>11 Öffentliche Sicherheit</u>	keine Bemerkung
----------------------------------	-----------------

<u>13 Kultur und Freizeit</u>	
-------------------------------	--

Monika Strauss, SVP: 1330 5 501 Skatepark: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Budgetposition 1330 5 501 Skatepark von Fr. 170'000.-- zu streichen.

Grundsätzlich ist das Seeparkareal für den geplanten grossen Skatepark der falsche Standort. Das Erholungs- und Naturschutzgebiet, aber auch das nahe gelegene neue Wohngebiet werden durch das Betreiben einer solchen Anlage massiv gestört. Dieser Skatepark stört auch das Landschaftsbild in diesem Naherholungsgebiet mit seinem wuchtigen Betonbau. Diese Anlage ist ein fataler Eingriff in dieses schöne Landschaftsbild und man kann einen solchen Eingriff in die Natur auch nicht einfach wieder rückgängig machen. Wir tragen eine grosse Verantwortung gegenüber der Natur und den Erholung suchenden Menschen. Diesem Gut müssen wir Sorge tragen

Aus dem neuen Schreiben (Konzept) des Skatevereins können wir auch keine realistische Planung bezüglich der Finanzierung und des Betriebs erkennen. Die finanziellen Mittel des Vereins sind beschränkt und sehen eher negativ als positiv aus.

Die hohen Investitionen der Stadt Arbon in die verschiedenen Projekte wie NLK, Dreifachturnhalle, Kanalisation, Ökonomiegebäude des Friedhofs und so weiter, belasten unser Budget während der nächsten Jahre massiv. Aus diesem Grund müssen wir das Machbare vor das Wünschenswerte stellen, so wie es die FGK zu Recht in ihrem Bericht zum Budget fordert. Darum ersuchen wir sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion der SP, Juso und Gewerkschaften möchte den Betrag für den Skatepark im Budget belassen. Wir sind gegen den Streichungsantrag der SVP-Fraktion.

Das dem Parlament vorliegende Projekt für einen Skatepark wurde zusammen mit neuen Partnern nochmals stark verbessert. Die finanziellen Zusagen vom Kanton beweisen, dass es sich um ein förderungswertes und sinnvolles Projekt handelt. Positive Erfahrungen andernorts zeigen, dass Skateparks attraktive Treffpunkte für Kinder, Jugendliche und Junggebliebene sein können.

Für den Verein ist es jedoch nicht möglich, weitere Investoren zu finden, wenn wir den Betrag aus dem Budget streichen. Potentielle Investoren möchten den Betrag der Stadt im Budget sehen. Es sei hier auch nochmals erwähnt, dass die finanzielle Beteiligung der Stadt mit etwas mehr als 40 Prozent an den Gesamtkosten eher gering ist.

Wir verstehen aber auch, dass in anderen Fraktionen noch eine gewisse Verunsicherung besteht bezüglich Kostenfolgen und Finanzierung. Wir schlagen daher vor, dass der Stadtrat im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme heute dem Parlament zusichert, dass vor dem definitiven Baustart zwei wichtige Punkte gewährleistet sind:

1. Das Projekt wird erst gestartet, wenn die finanziellen Mittel vollumfänglich zugesichert sind
2. Ebenfalls liegt vorgängig ein Unterhaltskonzept vor, welches die Beteiligung des Vereins Skatepark regelt und die Kostenfolgen für die Stadt aufzeigt

Wäre der Stadtrat bereit, diese Zusicherung zu geben?

Cyrill Stadler, FDP: Ich kann dem Votum von Bernhard Bertelmann nur beipflichten. Ich möchte ergänzen, Wir haben im Februar 2012 in diesem Rat und an dieser Stelle entschieden, dass wir dem Verein Skatepark Arbon die Chance geben wollen, dass er an dieser Stelle den Skatepark bauen kann. Wir haben Nein gesagt zur vollumfänglichen Finanzierung durch die Stadt. Ich glaube, jetzt soll man zum Wort stehen, wie wir das entschieden haben im Februar und nicht schon wieder über Position und soll an dieser Stelle der Skatepark gebaut werden diskutieren. Die Ergänzung, dass der Stadtrat diese genau anschaut, die kann ich sehr unterstützen.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir haben es schon beim Eintreten gesagt, wenig verständlich ist, dass der Verein Skatepark wieder erst fünf vor zwölf Unterlagen gesandt hat, obwohl man ein Jahr Zeit hatte, aber immerhin. Die CVP/EVP-Fraktion ist mit der FDP und der SP einig, dass man jetzt handeln muss.

Wir stellen den Antrag, dass der Stadtrat eine Botschaft dem Parlament vorlegt und damit diese Bedingungen, die er für das finanzielle Engagement der Stadt und des Vereins Skatepark formuliert bzw. ihm auch ein Konzept vorlegt. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Belassung des Budgetbetrags von Fr. 170'000.--. Bei einer Streichung wäre der Skatepark gestorben. Zudem muss das Parlament die Motion von Andreas Vonlanthen betreffend „Moratorium zur Erstellung fester Bauten beim Seeparksaal“ ablehnen, bzw. nicht Erheblich erklären, sonst ist der Skatepark ebenfalls gestorben. Die CVP/EVP-Fraktion, können wir eh schon sagen, wird diese Motion auch für nicht Erheblich erklären.

Elisabeth Tobler, SVP: Das meine ich eben mit einer anderen Kultur, wünschbar und nicht notwendig. Seit, ich glaube etwas fünf Jahren diskutieren wir jedes Jahr wieder. Und jedes Jahr kommt immer kurz vor der FGK-Beratung noch schnell im letzten Moment von diesem sogenannten Verein, der ja eigentlich genügend Mitglieder haben sollte, etwas Neues und noch ein Projekt und noch eine Rechnung. Dieses Mal hat Cyrill Stadler diese Unterstützung geboten für das Zusammentrommeln der Finanzen. Wenn ich diese Unterstützungsbeiträge lese mit Sponsorenbeiträgen usw., da steht wirklich noch sehr vieles in den Sternen.

Ausserdem, seit fünf Jahren sind die Mitglieder in diesem Verein sehr wahrscheinlich ihrem Sport nachgegangen. Wir haben in der Nähe sehr schöne Anlagen, die mit absolut erträglich finanziellen Mitteln erreicht werden können. Man braucht ein Billet nach St. Gallen oder man kann in Romanshorn diesem Sport frönen, in Frauenfeld und wenn man es ganz luxuriös haben will, kann man nach Au fahren. Ich finde, hier bei uns, in einem sehr schönen Naherholungsgebiet ist für mich der falsche Ort für einen betonierte Skatepark. Das ist für mich einfach nicht der richtige Ort. Ich habe angeregt, dass wenn man schon hier mitmachen sollte, es irgendwie realisieren sollte rundherum, ich sage jetzt wenn andere Betonelemente, Strassen und so weiter, vorhanden sind, WC vorhanden sind. Für mich ist es nach wie vor am falschen Ort. Es ist für mich klar, wenn man eine Befragung macht, wo ist es am schönsten, jeder will an den See, das ist ja klar. Für mich ist er am falschen Ort.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Es tut mir leid, dass ich meine Parteikollegen etwas desavouieren muss. Ich bin nach wie vor auch der Meinung, dass der Skatepark am falschen Ort ist da unten. Wir haben uns vorher nicht geschaut, bei der Tanzwerkstatt um Fr. 2'000.-- zu diskutieren und reden hier von ganz anderen Beträgen. Die Tanzwerkstatt hat um vieles mehr Leute, Kinder, Jugendliche, die sie unterrichtet und wir denken, Fr. 2000.--, das reicht ja dort, oder maximal Fr. 5'000.--. Und hier will man eine betonierte Anlage direkt hinten am See ganz normal hinstellen, es ist notwendig für die Jugend und wir sollen das für die Jugend tun. Ich bin nach wie vor und bin nicht alleine, die sich dagegen ausspricht, die diese Meinung vertritt, obwohl man mir das immer wieder einreden will.

Vizestadtmann Patrick Hug: Ich möchte eingangs festhalten, dass der Verein Skatepark nun ein detailliertes Projekt in 3D ausgearbeitet hat, das aufzeigt, wie ein zukünftiger Skatepark tatsächlich aussehen könnte. Und er hat ein Finanzierungsmodell vorgelegt, das eine taugliche Grundlage ist für eine Diskussion und einen Entscheid im Stadtrat. Wir haben dem Verein die im Voranschlag aufgeführten 170'000 Franken als städtischen Beitrag in Aussicht gestellt. Ich habe es wie Cyrill Stadler, dass ich sie doch an ihren Entscheid erinnern möchte, dass das Stadtparlament zugesichert hat, das Bauland beim Seepark unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wenn im Zeitraum von zwei Jahren gebaut wird. Diesen Zeitrahmen gilt es nun einzuhalten und da möchte ich doch das Stadtparlament beim Wort nehmen.

Wir können ihnen zusichern, selbstverständlich, dass wir ihnen Bericht erstatten, wenn erstens die finanziellen Mittel zugesichert sind und zweitens, wenn das Unterhaltskonzept im Detail vorliegt. Dies sind auch für den Stadtrat zwei zentrale Bedingungen, die zwingend erfüllt sein müssen. Wir sind aber der Meinung, dass dafür keine separate Botschaft nötig ist.

Roman Buff, CVP/EVP: Unter diesen Bedingungen und Zusicherungen des Stadtrats ziehe ich meinen Antrag bezüglich einer Ausarbeitung einer Botschaft zurück. Das vereinfacht das Prozedere wesentlich.

://: Der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung der Budgetposition 1330 5 501 Skatepark, Fr. 170'000.--, wird mit 10 Ja zu 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Lukas Graf, Präsident FGK: 1342 1 562 GESAK Sportstätte / Mehrfachhalle: Aufgrund der bekannten Verzögerung beim Bau der Mehrfachturnhalle kann diese erst im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. der zweite Investitionsbeitrag im Umfang von 2,5 Mio. Franken ist deshalb erst im 2013 zahlbar. Die FGK beantragt ihnen daher einstimmig, diesen Betrag in den Voranschlag 2013 aufzunehmen.

14 Gesundheit

keine Bemerkung

16 Verkehr

Lukas Graf, FGK Präsident: 1610 12 562 Kreisel Stachen Süd, Anteil Gemeinde / 1620 20 501 2 Erschliessung Stachen Süd, Baukosten Arbon:

Die FGK stellt den Antrag, die Beträge von Fr. 692'000.-- respektive Fr. 1'870'000.-- bei den Positionen 1610 12 561 „Kreisel Stachen Süd, Anteil Gemeinde“ und 1620 20 501 2 „Erschliessung Stachen Süd, Baukosten Arbon“ aus dem Budget 2013 zu streichen.

Wie im Bericht erläutert, ist die Eingabe beim Kanton zwar pendent, allerdings wird die Erschliessung und die Erstellung des Kreisels im nächsten Jahr nicht mehr möglich sein, da es noch verschiedene Probleme zu lösen gibt.

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat ist nicht für eine Streichung sonder für eine Verschiebung. Es ist ein Unterschied. Die ganze Investition wird ein Jahr nach hinten geschoben.

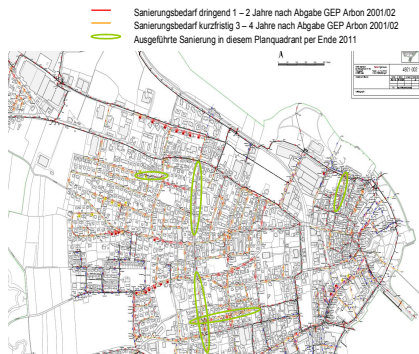
Lukas Graf, FGK Präsident: 1621 6 501 PP Friedhof, Baukosten / 1621 6 650 PP Friedhof, Entnahme aus Spezialfinanzierung: Wie sie dem Bericht entnehmen können, ist der Bau der Friedhof-Parkplätze abhängig von der Sanierung der Kanalisation Rebenstrasse-Lavendelstrasse, die für 2014 geplant ist. Die FGK beantragt ihnen deshalb, lediglich Fr. 5'000.-- für die Planung im Vorschlag 2013 stehen zu lassen. Die Streichung respektive Reduktion betrifft einerseits die Positionen „1621 6 501 Friedhof, Baukosten“ sowie die Entnahme aus der Spezialfinanzierung unter 1621 6 650; das heisst, es handelt sich hier um eine budgetneutrale Änderung.

Lukas Graf, FGK Präsident: 1625 59 501 Brückenunterhalt (Anteil Arbon): Die FGK wurde vom Stadtrat informiert, dass die Schöntalbrücke für den Hochwasserschutz gehoben werden muss und noch Grundsatzabklärungen mit Steinach im Gange seien. Zudem wird noch mit einem Beitrag vom Kanton gerechnet. Die FGK beantragt ihnen deshalb, den Betrag um Fr. 100'000.-- auf Fr. 50'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat kann dem folgen.

17 Umwelt und Raumordnung

Stadtrat Reto Stäheli: 1711 Kanalisation (Spezialfinanzierung):



(die Folien sind dem Protokoll angefügt)

Ich hatte die Möglichkeit, in der FGK-Sitzung einmal aufzuzeigen, wie es mit dem Zustand unterhalb unserer Ebene aussieht, wo wir gehen und fahren. Auf dem Planausschnitt sehen sie, rot, orange den Sanierungsbedarf der primär dringend ist auf, rot eins bis zwei Jahre, orange bis vier Jahre. Es waren Aufnahmen im Jahr 2001 / 2002. Grün sieht man, welche Strassenzüge bis heute ausgeführt worden sind. Ich will nicht auf die einzelnen Strassen eingehen. Sie sehen anhand der Farben, wo wir noch Potential haben, um die Kanäle zu erneuern, wir machen dies nicht einfach so.

Ich habe auf der Folie ein Beispiel aus der Römerstrasse, die im Budget enthalten ist. Wir haben auf dem Bild drei den Allgemeinzustand, das heisst wir haben überall Ausschwemmungen unten drin. Im Bild vier haben wir eine Abbildung anzeigt, in dem ein Wandungsteil fehlt. Das heisst, hier sind wir auf Erde und nicht mehr auf dem Kanal. Dies ist der Allgemeinzustand, den wir in der Römerstrasse haben. Die Konsequenz hier ist, dass die Abwässer im Boden versickern und unterliegende Liegenschaften nehmen mit der Zeit den Geruch wahr, der eigentlich in die ARA müsste.

Das gleiche Bild auf der nächsten Folie: Die untere Wand ist stark ausgewaschen und im oberen Bild haben wir sogar ein fehlendes Wandungsteil, hier ist keine Röhre mehr vorhanden und irgendwann bricht es ein.

Auf der nächsten Folie dasselbe Bild, Auswaschungen, man sieht es immer deutlicher und man sieht auch einen Längsriß und irgendwann sickert das Ganze weg und bricht ganz auf.

Auf der nächsten Folie sieht man ein Beispiel aus der Waag- und Parkstrasse, da ist eine Muffe ausgebrochen. Dies ist auch ein allgemeiner Zustand, der in der ganzen Kanalisation herrscht. Auch auf dem unteren Bild sieht man die ausgewaschene Röhre.

Wiederum auf der nächsten Folie hat es fehlende Wandungsteile und, interessant zu sehen, die Querung aus irgendeiner Baustelle, die wir jetzt mit der Spülung und mit der Aufnahme im Kanal feststellen konnten. Da wurde irgendwann einmal eine Reparatur oder eine zweite Röhre durchgetrieben und hat damit den effektiven Durchmesser der Kanalisation verschmälert. Dies ist nicht der einzige Fall. Wir haben noch ganz andere komische Situationen angetroffen bei der Aufnahme der Kanalisation.

Auf dem nächsten Bild ist ein typisches Schadenbild, das aufgenommen worden ist und interessant ist, dass innerhalb von 60 Meter Kanalisation 24 Schadenbilder aufgenommen wurden. Dies ist der Zustand unten.

Beim nächsten Bild, wieder ein schönes Beispiel. Das ist der Meteowasserkanal an der Bleichestrasse, der wurde im Jahr 2002 aufgenommen. Man hat dazumal keine richtige Reinigung ausgelöst. Man musste nach acht Meter abbrehen, und hat dann nichts mehr gemacht und jetzt im Umbau, oder beim Bau der NLK diesen Kanal wieder in die Finger genommen. Wir mussten zuerst 105 Tonnen Spülgut aus diesem Meteowasserkanal herausnehmen, sodass Reinigungskosten und Entsorgungskosten in der Grössenordnung von Fr. 40'000.-- anfielen, dies nur, dass wir den Kanal untersuchen konnten.

Darum auch der Hinweis, der schon einmal abgefragt wurde, warum spülen wir dann permanent. Wir haben jetzt die Kadenz erhöht, wir haben einen Spülplan, damit wir in Arbon die Kanäle spülen können und auch die Aufnahmen machen können. Nur so können längerfristig Schäden frühzeitig aufgezeigt werden, welche unter der Erde sind

Dies als kurzes Intermezzo, wie es unten aussieht, es war der Wunsch der FGK. Ich denke, ich konnte aufzeigen, wie es da unten effektiv aussieht.

Elisabeth Tobler, SVP: In der FGK wurde zudem auch noch betont, dass nicht Arbon alleine diese Zustände hat. Dies wollte ich hier auch noch sagen. Es ist bedenklich, früher vor 1999 wurden regelmässig Kanalspülungen gemacht, danach wurde es gestrichen und das sind nun die Folgen.

Lukas Graf, FGK Präsident: 1711 56 501.2 Erschliessung Stachen Süd: Als Folge vom stillschweigend angenommen Antrag der FGK, die Baukosten für die Erschliessung von Stachen Süd aus dem Voranschlag 2013 zu streichen, muss auch hier bei der Kanalisation eine Korrektur vorgenommen werden. Die FGK beantragt deshalb, den Betrag von Fr. 1'404'00.-- für die Position 1711 56 501.2 Erschliessung Stachen Süd (Baukosten) ebenfalls aus diesem Budget zu nehmen.

Andrea Vonlanthen, SVP: 1720 Abfallbeseitigung: Unter dieser Position sind ja Fr. 300'000.-- eingesetzt für eine Städtische Sammelstelle. Dazu liegt ja auch eine Botschaft des Stadtrats vor. Mit dieser Botschaft beschäftigt sich im Moment eine vorberatende Kommission. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass ein Entscheid, dazu ein Antrag von der Kommission, noch nicht vorliegt. Es ist durchaus möglich, dass es einmal nicht zu einer städtischen Entsorgungsstelle kommt, sondern dass sich die Stadt an einer privaten Entsorgung beteiligen wird. Diese Frage ist im Moment völlig offen. Die Kommission wird nächsten Montag wieder beraten, dann Antrag stellen, und ich denke die Frage ist auch für den Rat völlig offen. Wir können die Fr. 300'000.-- hier belassen, aber sie sind noch keineswegs ausgegeben.

Lukas Graf, FGK Präsident: 17220 1 501 Sammelstelle: Dennoch beantragt ihnen die FGK, diese Fr. 460'000.--, wie sie sind in der Botschaft, die momentan in der Kommission in Beratung ist, ins Budget aufzunehmen. Die wurden hier vergessen. Es kann ja nicht sein, dass wir eine Botschaft behandeln für eine Investition, den Platz einer neuen Sammelstelle und den entsprechenden Betrag nicht budgetieren, auch wenn wir das Ergebnis nicht kennen.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich kann es mir nicht ganz verkneifen, zuerst doch noch etwas zur Kanalisation zu sagen und dass ich als Bewohner der Alemannenstrasse sehr froh bin (die Alemannenstrasse ist ja unterhalb der Römerstrasse), dass der Stadtrat die Situation erkannt hat und gewisse Gerüche besser zuordnen kann, oder hoffentlich nicht mehr wahrnehmen muss dann, Dankeschön.

1740: Friedhof: Dazu möchte ich auch noch etwas loswerden. Ich habe keinen Antrag, aber wir haben vor einem Jahr, die FGK, an dieser Stelle den Stadtrat gebeten, offen zu legen, „was er mit dem Friedhofgärtnerhaus zu tun gedenkt, was er bauen möchte und wie viel es kostet.“

Konrad Brühwiler hat daraufhin erklärt, dass die Arbeitssituation für das Personal des Friedhofs unzumutbar sei, und das Parlament den Kredit bewilligen soll. Der Stadtrat wolle vorwärts machen und den, ich zitiere, „Volkswillen ausführen“. Und Martin Klöti hat nachgedoppelt, ich zitiere nochmals: „Wir haben einen Kredit genehmigt an der Urne und wir haben ein Projekt, genehmigt an der Urne. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, dies so umzusetzen.“

Heute nun hat der Stadtrat eine neue Idee und möchte das ursprüngliche Projekt nicht mehr durchführen. Diese Idee ist aber tatsächlich erst eine Idee und weit weg von einem fertigen Projekt, das Kosten und Vorgehen aufzeigt.

Der Stadtrat möchte den vorher genannten Volkswillen nicht mehr ausführen und so kann ich eigentlich nur noch mal wiederholen, was wir als FGK immer schon gesagt haben:

1. Der Stadtrat soll offen legen, was er mit dem Friedhofgärtnerhaus zu tun gedenkt, was er bauen möchte und wie viel es kostet. Das muss er nicht heute Abend machen, nicht jetzt machen, aber irgendwann denn bald einmal.
2. Der Stadtrat kann einen Entscheid des Stimmvolks nicht umstossen oder grundlegend abändern. Also soll, muss er das Ganze nochmals vors Volk bringe, aber dazu, glaube ich, ist er gewillt.

Ich bitte also den Stadtrat, in diesem Sinne und so, wie es die FGK bald schon seit Jahren sagt, vorwärts zu machen.

Vizestadtmann Patrick Hug: Der Stadtrat ist durchaus in der Lage, hier schon Antworten geben zu können. Wir haben ja unsere Ideen, das Projekt, wie wir es nun sehen, wie es verwirklicht werden soll, der FGK vorgestellt. Es ist so, dass wir auf das Wohnhaus, auf den Bau des Wohnhauses verzichten wollen. Wir wollen uns auf den Bau des Ökonomiegebäudes beschränken. Wir sind jetzt an der Planung des neuen Projekts, an der Ausarbeitung. Diese Planung soll im Frühjahr 2013 abgeschlossen sein und wir werden dann im Frühsommer eine Botschaft an das Stadtparlament verabschieden. Das Stadtparlament könnte dieses Geschäft dann im Herbst beraten und darüber beschliessen, sodass wir, und das ist tatsächlich so, dass wir ja auch ausdrücklich von Seiten der FGK als Feedback erhalten, dass wir das doch bitte der Volksabstimmung unterbreiten sollen. Der Stadtrat wird dies auch so tun.

Wenn diese Marschtabelle eingehalten werden kann, werden wir das Geschäft, das neue Projekt, Bau des Ökonomiegebäudes, im November 2013 dem Volk unterbreiten können.

Bezüglich Kosten sind wir noch vorsichtig. Wir rechnen mit ungefähr Fr. 460'000.--, das ist dann mal eine erste Berechnung, aber wir sind da aus Erfahrung vorsichtig. Wir können ihnen versichern, dass wir das genauestens berechnen werden, so dass wir dann nicht noch einmal wegen Kostenüberschreitung das Geschäft neu aufgleisen müssen.

Dort, wo jetzt das Wohnhaus steht, das ist aus Sicht des Stadtrates nicht per se zum Verkauf angedacht. Wir sagen, diese Parzelle ist disponibel. Wir haben, da ist die FGK ebenfalls informiert, auch ein Parkplatzproblem beim Friedhof, das gelöst werden muss. Auch der Erweiterungsbau Pflegeheim hat ein Parkplatzproblem, das noch nicht gelöst ist und da müssen wir zusammen schauen, wie wir dies lösen wollen. Deshalb noch einmal, die Parzelle, die würde dann disponibel, da wollen wir nicht, wie wir auch schon aus dem hohen Stadtparlament, Inge Abegglen, haben vernehmen müssen, dass wir das Tafelsilber verscherbeln und alles verkaufen, das soll so nicht sein.

Präsident Fabio Telatin: Ich muss sie noch informieren, dass Stadtrat Hans Ulrich Züllig die Sitzung aus familiären Gründen verlassen musste (Zeit: 20.55 Uhr)

Präsident Fabio Telatin: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, haben wir somit die Detailberatung geschlossen, sind Rückkommensanträge?

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Kappeli 1091 1 503 Restaurierung, .669 Beiträge / Spenden: Es ging am Anfang viel zu schnell und ich habe eine Frage zur Verwaltungsliegenschaft Kappeli, Wir haben gesehen, dass eine Investition geplant ist um Fr. 400'000.--. Was soll da weiter geschehen mit dem Kappeli? Die zweite Frage ist, ich sehe einen Betrag von Fr. 292'000.--, der eingegangen ist aus Spenden und Beiträgen, woher kamen diese Fr. 292'000.--? Ganz konkret würde es mich interessieren ob diese inkognito operierende Stiftung auch einen Beitrag geleistet hat?

Stadtrat Reto Stäheli: Die verschiedenen Stiftungen kenne ich nicht mit den Namen, da müssen wir nachfragen und wir sind an einer sauberen Etappierung. Wir machen die Aussenhülle noch dicht und wenn aussen dicht ist, wird nachher die Denkmalpflege die Fresken freilegen. Wir sind da wirklich in einem Plan drin, machen das Minimum und wirklich sauber etappiert. Wir machen das Nötigste, dass die Hülle dicht wird, jetzt sind Abschlussarbeiten am Türmchen daran. Für uns ist nachher eine Pause und dann kommt die Denkmalpflege mit dem Auffrischen der Fresken.

Es wird alles sauber etappiert, wir haben das Programm schon gestreckt und wir versuchen es noch mehr zu strecken, was verantwortbar ist. Ich kenne die Verträge nicht von der Stadt und müsste nachsehen, dies ist nicht in meiner Kompetenz.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich behalte mir eventuell einen Rückkommensantrag vor, je nach Antwort. Von Stadtmann Andreas Balg haben wir zu Beginn gehört, dass die Löhne individuell je um die 0,4 Prozent angepasst werden. Das ist offenbar ein Entscheid, der sehr kurzfristig gefallen ist, wahrscheinlich in den letzten Tagen. Damit stellt sich natürlich die Frage: Mit welcher Anpassung rechnet das Budget, das ja schon vor einiger Zeit erstellt worden ist? Rechnet das Budget auch nur mit 0,4 Prozent oder mit 1 Prozent oder mit 1,2 Prozent? Je nach dem ergäbe sich hier natürlich eine Differenz von mehreren Fr. 10'000.--. Darum die Frage, womit rechnen sie im Budget, lässt sich da der Aufwand allenfalls reduzieren?

Stadtmann Andreas Balg: Wir haben diese 0,4 Prozent bereits budgetiert und so beschlossen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Das Budget liegt seit langer Zeit vor. Die FGK ist seit Wochen daran, wurde schon vor drei Monaten mit 0,4 Prozent budgetiert?

Stadtmann Andreas Balg: Ja im September 2012.

Andrea Vonlanthen, SVP: Sehr vorsorglich budgetiert, gratuliere.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich komme zurück, stelle aber keinen Antrag. Ich komme zurück auf die Eintretensdebatte. In der Eintretensdebatte hat Elisabeth Tobler als Sprecherin der SVP, in ausserordentlicher Weise den Stadtrat kritisiert und gesagt was alles denn nicht richtig sei, wie der Stadtrat gewissermassen das Geld zum Fenster hinauswirft und was hat die SVP-Fraktion jetzt an dieser Budgetdebatte geboten? Sie hat einen Antrag gestellt auf Reduktion um Fr. 2'000.-- und in der Investitionsrechnung um Fr. 170'000.--.

Ich finde es einfach unseriös, auf diese Art und Weise Politik zu betreiben, auch in diesem Stadtparlament.

Elisabeth Tobler, SVP: Peter Gubser, es steht mir frei diese Meinung zu vertreten. Ich unterstütze jeweils die Anträge um Kürzungen, wenn ich sie für notwendig erachte und wenn ich finde, es ist Wünschbares und nicht notwendig. Deshalb habe ich mich dazu geäußert und habe gesagt, wir brauchen hier eine neue Kultur im Denken und zwar so, dass Notwendiges geplant wird und nicht einfach auf Vorrat geplant wird, Sachen ins Budget getan werden, die wir nicht unbedingt brauchen.

Präsident Fabio Telatin: Wenn kein Rückkommensantrag vorliegt, schliesse ich diese Diskussion und bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen, schlage ich eine 15-minütige Pause vor. Die Sitzung ist bis 21.20 Uhr unterbrochen. Bitte bedienen Sie sich von den Nüssen, Mandarinen und Schokoladen im Foyer, welche der Nikolaus gebracht hat.

Fortsetzung der Sitzung um 21.20 Uhr.

Präsident Fabio Telatin: Sie haben die Zahlen vor sich liegen: Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen, wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament Fr. 1'082'400.--

Stand der Investitionsrechnung nach der Korrektur Fr. 16'703'000.--

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK einstimmig unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2013 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird einstimmig angenommen

2. Genehmigung des Voranschlags 2013 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 1'082'400.--

://: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Investitionsplans 2013 mit Nettoinvestitionen von Fr. 16'703'000.--

://: Der Antrag wird mit 20 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 3. März 2013 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

3. Fragerunde

Präsident Fabio Telatin: Es liegen vier vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Heinz Gyga, SVP, CVP/EVP betreffend „Rosengartenkreisel zu wenig praxistauglich für Radfahrer“.

Heinz Gyga, SVP: Seit der Rosengartenkreisel für den Verkehr frei gegeben wurde, fällt auf, dass kaum ein Radfahrer um den langen Kreisel fährt um die Bahnlinie zu überqueren. Stattdessen biegt der Radfahrer gleich links über den nächsten Fussgängerstreifen ab, überquert die Insel und fährt über weitere Fussgängerstreifen oder sogar über die Sicherheitslinie, die zwei Fahrspuren trennt.

Nur wenige, sich korrekt verhaltende Radfahrer steigen vor den Fussgängerstreifen ab und überqueren diese zu Fuss, was ziemlich umständlich ist. Mir scheint, dass bei der Planung durch den Kanton nur ungenügend an die Radfahrer gedacht wurde.

Darum meine Fragen an den Stadtrat:

1. Wie beurteilt dieser die Situation für die Radfahrer?
2. Wird der Stadtrat versuchen beim Kanton zu intervenieren und sich für eine bessere, zum Beispiel eine parallel zum Fussgängerstreifen verlaufende Fahrradspur einzusetzen?

Stadtrat Reto Stäheli: Den Verantwortlichen ist diese Situation auch aufgefallen und es ist eine Lösung angedacht. Zu den Fragen:

- Grundsätzlich ist ein Queren auf dem Fussgängerübergang mit dem Fahrrad nicht verboten, der Radfahrer muss jedoch vom Velo absteigen und diesen per Fuss begehen. Somit ist für die Velofahrer, welche nicht den Weg um den Kreisel zurücklegen wollen, eine Möglichkeit gegeben, die Strecke abzukürzen. Zum Teil sind Velofahrer jedoch in Ihren Fahrgewohnheiten schwerer einzuordnen und folgen nicht immer den planerischen Absichten.
- Der Kanton Thurgau ist sich dieses negativen Umstands auch bewusst und wird der Stadt Arbon vor der definitiven Fertigstellung (Deckbelagsarbeiten) einen Situationsentwurf zustellen, wo ein gemeinsamer Fuss- und Radfahrerübergang aufgezeigt wird. Die Stadt wird dann um eine Stellungnahme gebeten und wird sich dazu äussern.

Präsident Fabio Telatin: Eine zweite Frage wurde von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend "Fussweg von der Industriestrasse zum Strandbad" eingereicht.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Letzte Woche habe ich folgende Fragen mit kurzem Vorspann an den Stadtrat gerichtet. Mit der Überbauung „Simishölzli“ ist der Fussweg von der Industriestrasse zum Strandbad arg in Mitleidenschaft geraten. Nach Abschluss der Überbauung sollte er nun wieder Instand gestellt werden, dazu die Fragen:

1. Gehe ich richtig in der Annahme, dass die Bauherrschaft „Simishölzli“ den an die Überbauung anschliessenden Fussweg Richtung Strandbad wieder instand setzen muss.
2. Welche Auflagen wurden da der Bauherrschaft gemacht?
3. Bis wann hat diese Instandsetzung zu erfolgen?
4. Wann stellt das Bauamt die Fortsetzung im Wald wieder instand?

Stadtrat Reto Stäheli: Die Fragen kann ich wie folgt beantworten:

Fragen 1-3:

- In der Baubewilligung wurde verfügt, dass Strassen und Wege auf Kosten der Bauherrschaft instand zu stellen sind.
- Der Verursacher wird spätestens im Rahmen der Bauabnahme dazu aufgefordert, sofern die Instandstellung bis dahin nicht erfolgt ist.

Frage 4:

- Der Werkhof hat mit den Arbeiten begonnen, wenn es die Witterung zulässt, werden diese noch in diesem Jahr abgeschlossen und sonst spätestens im Frühjahr 2013.

Präsident Fabio Telatin: Eine weitere Frage wurde von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Errichtung einer Tempo-30-Zone im Bergliquartier“ eingereicht.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Bergliquartier ist ein dicht besiedeltes Wohnquartier. Es ist Standort von zwei Schulhäusern und der Musikschule und somit Schulweg für Hunderte von Kindern und Jugendlichen. An Berglistrasse, Rebenstrasse, Alemannenstrasse sowie an der Eichenstrasse und der Brühlstrasse parkieren auf der einen Strassenhälfte Autos, was zu einer sehr schmalen Fahrbahn führt, die gerade für Radelnde gefährlich werden kann. Bei der Musikschule an der Brühlstrasse herrscht ein ständiges Kommen und Gehen mit einem Chaos von wildparkierenden Autos von Eltern, die ihre Kinder bringen und abholen, was für die mit ihren Fahrrädern heranbrausenden Jugendlichen äusserst gefährlich ist.

Die Stopps, vor allem jene an der Alemannenstrasse, sind unübersichtlich und gefährlich, da sie von vielen missachtet werden; nota bene nicht nur von leichtsinnigen Jugendlichen, sondern auch von vielen erwachsenen Radfahrern und Radfahrerinnen. Die Kurve, welche die Römerstrasse bei der Kirche macht, ist sehr scharf. Kommen da einmal gleichzeitig zwei Autos mit erhöhtem Tempo, könnte es knapp werden. Rechtsvortritte werden oft missachtet, namentlich derjenige beim Bürgerheim Bergfrieden, jener bei der Kirche (wo Römer-, Alemannen- und Th.-Bornhauserstrasse zusammenkommen) sowie derjenige, wo die Gartenstrasse in die Berglistrasse mündet; vielen sind diese Rechtsvortritte nicht einmal bekannt.

Ich meine, das sollte reichen, um meine Idee, nämlich die Errichtung einer Tempo-30-Zone im Bergliquartier, zu begründen. Auch wenn mir bis jetzt keine Unfälle bekannt sind, warten und zusehen, bis es erst soweit ist, will ich nicht. Mein Vorschlag wäre: Tempo 30 im gesamten Gebiet, das eingegrenzt wird durch die Romanshorerstrasse im Norden, die Sonnenhügelstrasse im Westen, die St. Gallerstrasse im Süden und die Rebhalden- bzw. die Friedenstrasse im Osten. Mit dem Neubau der NLK gibt es keinen Grund mehr, dieses eingegrenzte Quartier als Abkürzung zu „durchrasen“. Die Strassen in diesem Gebiet müssen nur von Anwohnern und Anwohnerinnen oder von jenen, die ein bestimmtes Ziel in diesem Gebiet erreichen müssen, befahren werden.

Deshalb meine Fragen an den Stadtrat:

- Wurde diese Idee je ins Auge gefasst oder überprüft?
- Ist ein entsprechendes Projekt mit der Fertigstellung der NLK eventuell in Planung?
- Wenn nicht, was meint der Stadtrat zu meinen Bedenken und dem Vorschlag?

Stadtmann Andreas Balg: Die Idee einer Tempo 30-Zone im Bergliquartier wurde bis jetzt nicht ins Auge gefasst und auch nicht geprüft. Ein entsprechendes Projekt ist nicht, oder noch nicht in Planung.

Zum dritten Punkt, und damit habe ich die ersten Beiden bereits beantwortet, die Anordnung von Tempo 30-Zonen haben gestützt auf die Bestimmungen im Strassenverkehrsgesetz und in der Signalisationsverordnung zu erfolgen. Das heisst beim einen, das Strassenverkehrsgesetz verlangt für Anordnung einer Tempo 30-Zone ein Gutachten, respektive einen Kurzbericht. Aufgrund der Signalisationsverordnung können Abweichungen von den allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten erfolgen, wenn eine Gefahr nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar und anders nicht zu beheben ist, oder bestimmte Strassenbenützer eines besonderen nicht anders zu erreichenden Schutzes bedürfen. Das sind Zitate aus den entsprechenden Verordnungen.

Für uns gibt es folgende Schlussfolgerungen aufgrund der Reglementarien: Die Fertigstellung der NLK wird verschiedene Änderungen bei den Verkehrsflüssen bewirken. Wir sind der Meinung, dass eine solche Massnahme allenfalls nach der Inbetriebnahme der NLK geprüft werden könnte. Eine generelle Einführung einer Tempo 30 Zone für das gesamte Bergliquartier ist rechtlich nicht umsetzbar sondern müsste etappenweise erfolgen.

Ein allfälliger Antrag sollte von einer repräsentativen Personengruppe aus diesem Wohnquartier, oder diesen Wohnquartieren gestellt werden, damit von vornherein eine breite Akzeptanz für die Einführung einer entsprechenden Zone sichergestellt werden kann. Die Abteilung Bau hat im Frühjahr 2012 einen Leitfaden, Einführung Tempo 30 Zonen in Arboner Wohnquartieren erarbeitet. Dieser ist vom Stadtrat im Sommer verabschiedet worden und seit dem Sommer 2012 verfügbar. Ich habe ihnen ein entsprechendes Exemplar mitgebracht, damit sie sich da, wenn sie wollen noch weiter einlesen können. Im Moment sehen wir keine weiteren Massnahmen.

Präsident Fabio Telatin: Eine vierte Frage wurde von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend: Kauf Landparzelle Jumbo“ eingereicht.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Könnte sich der Stadtrat vorstellen, die Landparzelle vom Jumbo käuflich zu erwerben?

Ich finde es absolut richtig, wenn der Bau- und Pflanzenmarkt Jumbo in das Saurer WerkZwei übersiedelt. Dort ist er am richtigen Ort. Überhaupt nicht richtig finde ich, wenn dieses Grundstück auch noch an den Investor, zur Spekulation, an die HRS geht. Dieser Ort muss meiner Meinung nach weiterhin öffentlich zugänglich bleiben.

Wir Arbonerinnen und Arboner reiben uns schon seit längerem die Augen, wie in aller kürzester Zeit beinahe das gesamte Seeufer bis zum Strandbad zugebaut wurde.

Gleichzeitig hat es sehr viel Bauland hinter der Bahnlinie, das städtebaulich gesehen viel wichtiger wäre zu urbanisieren. Es ist allerhöchste Zeit, die Bremse zu ziehen, und das ist nur möglich, wenn die Stadt, indem sie das Jumbogrundstück käuflich erwirbt, die Hand darauf hält.

Wie sollen wir uns in unserer Stadt der weiten Horizonte fühlen, wenn unsere Augen nur noch bis zum nächsten Wohnblock schauen können? Stattdessen könnten wir dort vielleicht Minigolf spielen oder vielleicht sogar über einen Skatepark rauschen. Wäre das nicht viel besser?

Dafür müsste man sich aber jetzt um das Grundstück bemühen.

Stadtmann Andreas Balg: Der Stadtrat versteht die Sorgen der Bevölkerung, HRS ist der grösste und sicherlich der aktivste Investor in Arbon. Diese Ausgangslage hat Risiken und Chancen. Unser Ziel ist, eine Win-Win-Situation zu erreichen. Dies können wir nur mit intensiven Gesprächen erzielen. Die Zugänglichkeit zum Seeufer ist auch uns ein Anliegen und in vielen Reglementarien und Gesetzen sichergestellt. Es ist auch richtig, dass die Stadt nur dann selbständig entscheiden kann, wenn die Stadt alleiniger Besitzer ist. Dennoch besteht kaum eine Möglichkeit für die Stadt, Besitzer dieser Parzelle zu werden. Die uns aktuell zur Verfügung stehenden Informationen zeigen sich wie folgt:

Die Verträge zwischen HRS und Jumbo sind als Tauschgeschäft gestaltet. Das Eine bedingt das Andere, insofern steht dieses Land nicht zum Verkauf. Die Jumboparzelle umfasst ca. 8600 qm und liegt in der Wohn- und Gewerbezone mit hoher Baudichte. Wir haben eine Preisschätzung vorgenommen und da ist mit mindestens Fr. 600.-- pro qm zu rechnen, wahrscheinlich dürfte der effektive Preis aber deutlich höher liegen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass dieser bis Fr. 1'000.-- in den Verhandlungen gehen könnte. Berechnet man daraus die Gesamtkosten, dann sprechen wir von einer Summe von 5 bis 9 Mio. Franken. Aktuell sind im Landkreditkonto rund Fr. 50'000.-- vorhanden, weit weg von dieser Thematik.

Das Seeufer mit Rad- und Fussweg wird auch weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung bleiben, das ist gar keine Frage. Die Nachbarparzelle Nr. 3540 gehört der Stadt. Wir haben es demnach in der Hand, dass auch hier das Fenster zum See bestehen bleibt.

Zusammengefasst: Die Jumboparzelle steht nicht zum Verkauf, die Stadt verfügt nicht über die nötigen Mittel.

Mündlich gestellte Fragen:

Luigi Schmid, CVP/EVP: Ich bin immer wieder auf die Landquartstrasse angesprochen worden, auch heute Mittag wieder. Deshalb habe ich gedacht, nehme diese Frage für das Anliegen mit ins Parlament. Es geht um diese Nase, die beim Abzweiger Steinach oder beim Gimmel gemacht worden ist. Viele verstehen das nicht. Können sie nicht als Stadtrat etwas Werbung machen, dass das eben zum neuen Konzept gehört und dass es keine Schikane ist, sondern dass das Projekt dahinter steht? Viele von Steinach, von Horn, die verstehen das nicht, es kommt jetzt natürlich in diesem provisorischen Zustand sehr komisch daher. Es wäre sehr günstig, wenn man wieder einmal darauf hinweist, dass das wirklich ein Provisorium ist und später dann zu einem Strassenkonzept gehört.

Dann noch, wie kommt man dann nachher, wenn die Landquartstrasse eine Quartierstrasse ist, an die BP-Tankstelle. Wenn man da noch ein wenig Aufklärung machen könnte, wäre es gut.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Landquartstrasse hat eine lange Bauzeit hinter sich, und wie schon festgestellt wurde, ist jetzt eine Nase eingebaut worden. Diese Nase ist die Einspurung, zur NLK, wenn sie im Frühling 2013 geöffnet wird. Das heisst, jetzt wird wie über einen Nasenbuckel die Landquartstrasse umfahren. Nachher wird die NLK, wenn man von aussen kommt, bei der Gerberei Gimmel, rechts abgebogen, Bleichestrasse dann in die Salwiesenstrasse eingebogen.

Die baulichen Massnahmen wurden jetzt so ausgeführt, wie sie nachher geführt werden. Das heisst, die rechte Seite, wenn wir stadtauswärts fahren, ist so aufgebaut. Links folgen dann noch Anpassungen und Aufspurungen. Das Gleiche ist dann stadteinwärts von der Landquartstrasse her.

Für interessierte Bürgerinnen und Bürger können wir sicher einmal eine Information machen, im Moment ist es aber wirklich, sodass wir bis März diese Situation noch haben werden. Dann wird auch umgezeichnet, das heisst, die Landquartstrasse ist dann nicht mehr vortrittsberechtigt und man fährt über die gleiche Strasse, wie sie Richtung Autobahnzubringer fahren. zur BP-Tankstelle zurück. Die Strasse bleibt offen und das wird dann im Gegenzug eine Gemeindestrasse. Die ganze Landquartstrasse wird nach der Eröffnung der NLK verkehrsberuhigt.

Das ist der erste Teil, der jetzt gebaut wurde, damit es nach bei der Eröffnung der NLK reibungslos weiter gehen kann.

Remo Bass, CVP: Am 8. September 2012 habe ich folgende Frage gestellt: Über die Thomas-Bornhauser Strasse wurde ein erhöhter Übergang vom Schulhaus zur Turnhalle erstellt. Auf der Seite der Turnhalle ist der Übergang noch nicht bis zum Trottoir erstellt worden. Für Rollstuhlfahrer ist das ein grosses Hindernis. Meine Frage lautete: Ist es möglich, einen Übergang zu erstellen, der bis zum Trottoir führt und für Rollstuhlfahrer kein Hindernis mehr darstellt?

Der Übergang wurde erstellt. Dazu möchte ich dem Stadtrat Reto Stäheli für die Weiterleitung, bzw. für die Koordination mit der Primarschulgemeinde herzlich danken und die Rollstuhlfahrer danken euch auch.

Präsident Fabio Telatin: Wir kommen zu Traktandum 4.

4. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtmann Andreas Balg: Ich habe noch eine kleine Ergänzung. Der erste Teil der Unterführung zwischen Bahnhof und Hamel wird am kommenden Donnerstag, 6. Dezember zwischen 17.00 und 17.30 Uhr im kleinen Rahmen eröffnet. Herr Heim und Frau Trummer verteilen Grittibänzen an die Zuggäste, die während dieser Zeit ankommen.

Ein zweiter Punkt betrifft mich persönlich. Ich würde gerne noch zwei, drei Dinge zu mir bzw. zu meiner Situation bzw. zu meiner Vorstellung sagen und benutze die Zeit.

Ich bin gerne in Arbon und freue mich, die gemeinsame Arbeit endlich anpacken zu dürfen. Mit meinen ersten Kontakten in Arbon und den ersten Begegnungen und den Gesprächen gibt es etwas, was sich klar herauskristallisiert hat, das Interesse und die Liebe zur Stadt. Ich habe für mich das so formuliert, dass ich ganz einfach sage, „üses Arbon“.

Bei all den Zielen, die wir verfolgen, bei allen Entscheidungen, die wir fällen und Positionen die wir vertreten, darf das nicht fehlen. Arbon muss letztendlich Profiteur sein oder Arbon, ebenfalls Schweizerdeutsch: „Arbon muess gwünne – Arbon gwünnt“.

Was uns verbindet, ist die gemeinsame Arbeit mit Arbon und der starke Wunsch nach positiver Entwicklung der Stadt. Oberste Zielsetzung und gleichzeitig mein Leitmotiv für die nächste Zeit ist, dass üsers „Arbon gwünnt“.

Im zweiten Teil ist es mir noch ein Bedürfnis, ihnen Allen und der ganzen Bevölkerung für das freundliche Willkommen zu danken. Mein Dank geht auch an die Mitarbeiter der Stadt und an den Stadtrat für die wirklich erste und sehr, sehr gute Unterstützung. Mein besonderer Dank geht an Patrick Hug. Er war nicht nur ein fairer Gegner und wertvoller interimistischer Stadtmann für sie und für Arbon. Er ist mit seinem ganzen Verhalten der Stadt und mir gegenüber ein sehr gutes Beispiel für Arbon und für „Arbon gwünnt“.

Patrick Hug herzliche Dank und ich freu mich uf Zämearbet.

Andrea Vonlanthen, SVP: Im Namen der Fraktionspräsidenten fahre ich gleich fort mit Dankesworten. Im Namen der Fraktionspräsidenten, also auch im Namen von Roman Buff, Peter Gubser und Werner Keller nutze ich die Gelegenheit ebenfalls, um Stadtrat Patrick Hug für seinen bemerkenswerten Einsatz als Stadtammann ad interim herzlich zu danken.

Er hat die anfallenden Amtsgeschäfte in den letzten sechs Monaten mit grossem Engagement, kompetent und zuverlässig geführt und unsere Stadt in der Öffentlichkeit unermüdlich und sympathisch vertreten. Dass er dies auch nach der persönlichen Enttäuschung nach der Wahl des neuen Stadtammanns ohne jegliche Abstriche getan hat, ist nicht selbstverständlich und verdient grossen Respekt. Wir wünschen Patrick Hug als Vizestadtammann, als Leiter des Ressorts Finanzen und nun auch wieder als Verlagsfachmann viel Kraft, Befriedigung und Erfolg.

Gleichzeitig heissen wir den neuen Stadtammann Andreas Balg nun auch offiziell in Amt und Würden herzlich willkommen. Wir freuen uns als Fraktionspräsidenten auf die Zusammenarbeit mit ihm und manche informative und konstruktive Zusammenkunft, wie die frühmorgendlichen Gipfeltreffen, und da in einem halben Jahr übrigens alle vier Fraktionspräsidenten offiziell pensioniert sein werden, dürften diese ohne weiteres noch etwas früher angesetzt werden.

Wir wünschen Andreas Balg einen motivierenden Einstieg in sein anspruchsvolles Amt, eine kollegiale Zusammenarbeit im Stadtrat, eine kritisch aufbauende Begleitung durch das Stadtparlament und viel positiven Zuspruch aus der Bevölkerung zum Wohle unserer Stadt, „vo üsem Arbon“.

Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich möchte ihnen noch ein paar Worte sagen zu dieser Schlagzeile heute Morgen. Ich bin noch Arbeitnehmerpräsident bei der Firma Oerlikon, Saurer in Arbon. Ihnen ist es heute Morgen gleich gegangen, wie den 99 von 100 Mitarbeitenden, die im Radio oder im Internet erfahren haben, dass ihnen der Arbeitsplatz verkauft worden ist. Einzig der Geschäftsführer und meine Wenigkeit hatten einen Tag vorher Kenntnis davon. Alle anderen wurden mit dieser Nachricht überrascht.

Für mich ist es traurig, bzw. unverantwortlich, dass ein Konzern wie Oerlikon Saurer es nicht schafft, dass die Mitarbeitenden im Vorfeld den Verkauf des Arbeitsplatzes zu wissen bekommen, es erst auf dem Weg zur Arbeit erfahren müssen. Wenn sie das schon einmal erlebt haben, wissen sie wovon ich spreche.

Die Belegschaft in Arbon, ich rede von der ganzen Belegschaft, ist froh, dass es Saurer wieder gibt. Sie sind froh, dass die permanente Angst vom Verkauf weg ist. Mit dem neuen, bzw. alten Management wurde die Übernahme positiv entgegengenommen. Wir hatten um 10.30 Uhr eine Konferenzschaltung mit den deutschen Betrieben, wo life informiert worden ist. Eine momentane gute Auslastung haben wir und das ist sicher auch ein wichtiger Punkt für die positive Zukunft.

Man hat uns die Arbeitskollegen genommen von Oerlikon, man hat uns das Land verkauft, aber der Glaube und der Willen des Mitarbeiters an das gute Produkt ist noch da. Pan Xuepeng, wie er heisst, hat eine neue Firma gekauft mit 100 Mitarbeitenden, ein weltmarktführendes Produkt und langjährige treue und arbeitswillige Menschen, die bereit sind, Saurer wieder im Weltmarkt ganz nach oben zu bringen und zusammen natürlich mit dem Wort Arbon. Für mich ist Saurer wieder zu Hause.

Ich erlaube mir diese Information, ich habe sie auch heute dem Schweizer Fernseher gegeben, sie wurde heute Abend in der Tagesschau ausgestrahlt. So haben sie den Informationsvorsprung, dass wenn sie nach Hause kommen und die Aufzeichnung sehen, haben sie sie jetzt von mir gehört.

Präsident Fabio Telatin: Dann möchte ich noch unter Verschiedenes mitteilen, dass die Interpellation von Cyrill Stadler, FDP betreffend „Fremdkapitalbeschaffung über den Kapitalmarkt“ mit 18 Unterschriften und die Motion mit dem Titel „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso und von 20 Mitunterzeichnenden, sowie die Motion von Cyrill Stadler betreffend „Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)“ mit 16 unterzeichnet worden sind. Die Interpellation und die zwei Motionen werden nun an den Stadtrat zur Bearbeitung weitergeleitet.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien Wir sind nun nach einer sehr intensiven, aber auch interessanten Sitzung am Ende dieser angekommen. Ich danke ihnen Allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse an unserer Ortopolitik.

Es liegen noch Flyer der Bibliothekslesung auf, die am 7.12. 2012 im Schloss Arbon stattfindet.

Es wäre schön, wenn wir uns alle hier Anwesenden im Foyer zu einem guten Gedankenaustausch mit Nüssli, Mandarinen und Schoggi und einem guten Glas Wein zusammensetzen würden. Ich wünsche eine frohe Weihnachtszeit und zufriedene Stunden im Kreise der Angehörigen und Freunde und Allen auch einen guten Übergang ins 2013.

Wir treffen uns zur 12. Parlamentssitzung am 22. Januar 2013 um 19.00 Uhr.

Ich erkläre hiermit die 11. Parlamentssitzung als geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Fabio Telatin

Evelyne Jung